August 1996

H 8040 F
Nummer 42
Sept./Okt. '96
3,- Mark

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN



Unter den Augen der Polizei

Nazis marschieren in Worms !

Weser-Ems: Neue Welle faschistischer Gewalt

Skandal: Aktionärsversammlung der IG Farben

Nazi-PR: Roeder schlägt wieder zu

Meldungen ++ Meldungen ++ Meldungen ++ Meldungen ++ Meldunge

Inhalt

Impressum

Verlag: Der Rechte Rand GbR
Postfach 1324 • Rolandstr. 16
30013 Hannover
Tel.: 0511 / 458 29 04
Postgiro Hannover
Nr. 44 55 86 - 301 • BLZ 250 100 30
Druck: Werkdruck Hannover
Satz und Layout: R. Simon
Erscheinungsweise: 6 x im Jahr
V.i.S.d.P. Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Editorial

Monatelang wurde von Seiten der Bundesregierung betont, wie vehement in der Bundesrepublik neofaschistische Gruppen bekämpft würden. Doch kaum aus dem Sommerloch aufgetaucht, zeigt es sich, daß die Neonazis nach wie vor aktionsfähig sind. Anfangs verunsichert haben die Neonazis erkannt, daß die Verbotsverfügungen nur halbherzig gemeint waren. Sie haben diese Chance, die ihnen (bewußt?) offeriert wurde, ergriffen, auf andere Organisationen umorientiert und mit den diesjährigen Aktivitäten zum Heß-Todestag demonstriert, daß sie wieder in der Lage sind größere Aktionen durchzuführen. Begünstigt werden derartige Aktivitäten durch die Inaktivität der Polizei, die erst nach Abschluß des Aufmarsches eingriff, um - wie ein Polizeisprecher in Worms erklärte - die Neonazis „aus der Stadt herauszuführen" und sie dabei vor den antifaschistischen GegendemonstrantInnen zu „schützen".

Apropos Polizei. Die Meldung, daß in Nürnberg sieben Polizisten im Range von Polizeimeistern bzw. -obermeistern eine Feier abhielten, auf der Nazilieder gesungen und der Hitlergruß entboten wurde, dürfte nur die Spitze eines Eisberges sichtbar gemacht haben und bestätigt -leider - den Verdacht, daß antidemokratisches Gedankengut in Polizeieinheiten fröhliche Urständ feiert. Das teilweise rabiate Vorgehen von Polizisten gegen antifaschistische Demonstrationen wird verständlicher angesichts der Tatsache, daß diese Polizisten einem sog. „Unterstützungskommando" angehören, das bei politischen Demonstrationen eingesetzt wird.

Seit Erscheinen des letzten Rechten Randes hat es allerdings auch eine positive Entwicklung gegeben. Hatten wir im letzten Editorial noch auf den bevorstehenden Prozeß gegen die Göttinger Autonome Antifa (M) hingewiesen, kann nun vermeldet werden, daß das Verfahren gegen einige Auflagen (u.a. die Zahlung von über 50.000 DM an die Gedenkstätte Dora Mittelbau in Norhausen und Belehrung der Angeklagten über das Demonstrationsrecht) eingestellt worden ist. Sicher ein Erfolg der breiten Solidarität gegen diesen Versuch staatsanwaltlicher Kriminalisierung antifaschistischer Aktivitäten. Die Einstellung des Verfahrens dürfte aber wohl auch darauf zurückzuführen sein, daß angesichts der zu erwartenden Aufdeckung verfassungsrechtlich bedenklicher Ermittlungsmethoden kaum politisches Interesse an der Fortführung des Prozesses bestand.

Das nächste Heft des Rechten Randes erscheint zu Beginn des Monats November. Redaktionsschluß ist am 11. Oktober 1996.

Termine

Hitlers willige Vollstrecker:

Am Mittwoch, den 09. Oktober 1996 wird Jürgen Elsässer, Redakteur der Tageszeitung junge Welt und Autor von konkret, zur Kollektivschuldthese referieren und diskutieren. Beginn: 19.00 Uhr in der Sumpfblume, Stockhof 2a, 31785 Hameln. Veranstalter: junge Welt-LeserInneninitiative Hameln-Pyrmont und die Antifa Hameln-Pyrmont.

Das Volk lacht das Militär aus!

Das Antimilitärische Oberjubel K.o.m.i.t.e.e. (AMOK) ruft auf zur Jubelparade durch das Brandenburger Tor am 3.Oktober 1996, Tag der deutschen Einheit, gegen Bundeswehrpräsenz in Berlin und anderswo. Informationen über AMOK, Oderberger Str. 47, 10435 Berlin (Prenzlauer Berg), Telefon und Fax: 030/4485464

Demonstration

Das Leipziger „Bündnis gegen Rechts" will am Samstag,den 16.November, in Wurzen eine antifaschistische Demonstration unter dem Motto „Kampf den braunen Zonen - den rechten Konsens durchbrechen! Keine Räume für Faschisten!" durchführen. Informationen über „Bündnis gegen Rechts", c/o VL, Postfach 54, 04251 Leipzig, Tel:0341/4777829, Fax:0341/24009310

Konferenz

Am 25. und 26.10.96 führt die PDS eine Konferenz zum Thema „Wie rechts ist der Zeitgeist? Beobachtungen. Erfahrungen. Analysen. Abwehr. Zur Auseinandersetzung mit dem heutigen Rechtsextremismus" durch. Veranstaltungort: Gewerkschaftshaus Salzgitter/Lebenstedt. Informationen über AG Rechtsextremismus/Antifaschismus, Kl. Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Fax: 030-24009-215

Matthias Rauch und Sebastian Schwarz

Faschistische Aktivitäten zum Todestag von Rudolf Heß

Polizeiliches Verbot wiedermal nur heiße Luft

Trotz der großspurigen Aussagen der Innenministerkonferenz - die sich trotz Urlaubszeit eigens versammelt hatte, um den Polizeieinsatz bundesweit zu koordinieren -, daß jegliche Aktivitäten des neonazistischen Spektrums am 17. August verhindert würden, gelang es diesem auch in diesem Jahr wieder, sich an mehreren Orten zum Gedenken an Rudolf Heß zu versammeln. Die Demonstrationen sind ein weiteres Indiz dafür, daß NPD und JN zunehmend ein Sammelbecken für das gesamte neonazistische Spektrum bilden.

Im Vorfeld

Zur Vorbereitung der diesjährigen Aktivitäten zum Rudolf-Heß-Todestag hatte sich im Vorfeld ein Aktionskomitee gebildet. Nach eigenen Angaben bestand das Komitee aus etwa 10 Mitgliedern, darunter Vertreter der NPD-Bundesführung sowie Mitglieder des JN-Bundesvorstandes. Mitglied war ebenso **Kai Dalek**, der auch schon in der Vergangenheit für diverse Heß-Märsche mitverantwortlich war. Sprecher dieses selbsternannten Komitees war **Andree Zimmermann**. Zimmermann, der im Thule-Netz unter dem Namen „Lutscher" agiert, ist ex-Mitglied des FAP-Landesvorstandes sowie Mitglied der „Sauerländer Aktionsfront" (SAF). In Winterberg betreibt er auch das „Nationale-Infotelefon (NIT) Sauerland". Dieses galt neben dem NIT Rheinland als „authorisiertes" Sprachrohr des R.H.-Komitees. Für die Verteilung des Propagandamaterials waren die „Nationalen" aus Berlin zuständig. Großspurig wurden im Vorfeld des Heß-Marsches „nationale Aktionswochen" angekündigt. Die Aktionen beschränkten sich aber hauptsächlich auf das Anmelden von Demonstrationen, die meist auch prompt verboten wurden. Am Wochenende 3./4.August kam es jedoch auch zu einigen Aktionen. Während in Hannover 6000 Polizeikräfte nebst schweren Einsatzgerätes damit beschäftigt waren, anläßlich der „Chaos-Tage" das Grundgesetz außer Kraft zu setzen, marschierten in Bad Harzburg etwa 60 Neonazis in einer Art „Eilschritt" durch die Innenstadt. Beteiligt daran waren hauptsächlich Mitglieder der JN sowie des „Freundeskreis Nordharzes", einer Gruppierung aus dem Umfeld **Steffen Hupkas**. In Wittenberg (Sachsen-Anhalt) versammelten sich 100 Neonazis, um einen Aufmarsch durchzuführen. In der Nacht versuchten diese erfolglos, ein alternatives Jugendprojekt anzugreifen. In Schleswig kam es anläßlich der „Wikinger-Tage" zu Rangeleien zwischen der Polizei und etwa 100 Neonazis. Im Bad Berleburger Stadtteil Arfeld (Kreis Siegen-Wittgenstein) trafen sich ca. 70 Kameraden anläßlich einer „Grillfeier". Als Redner traten **Frank Schwerdt** und **Christian Wendt** aus Berlin und aus Holland **Constant Kusters** von der FAP-Niederlande auf.

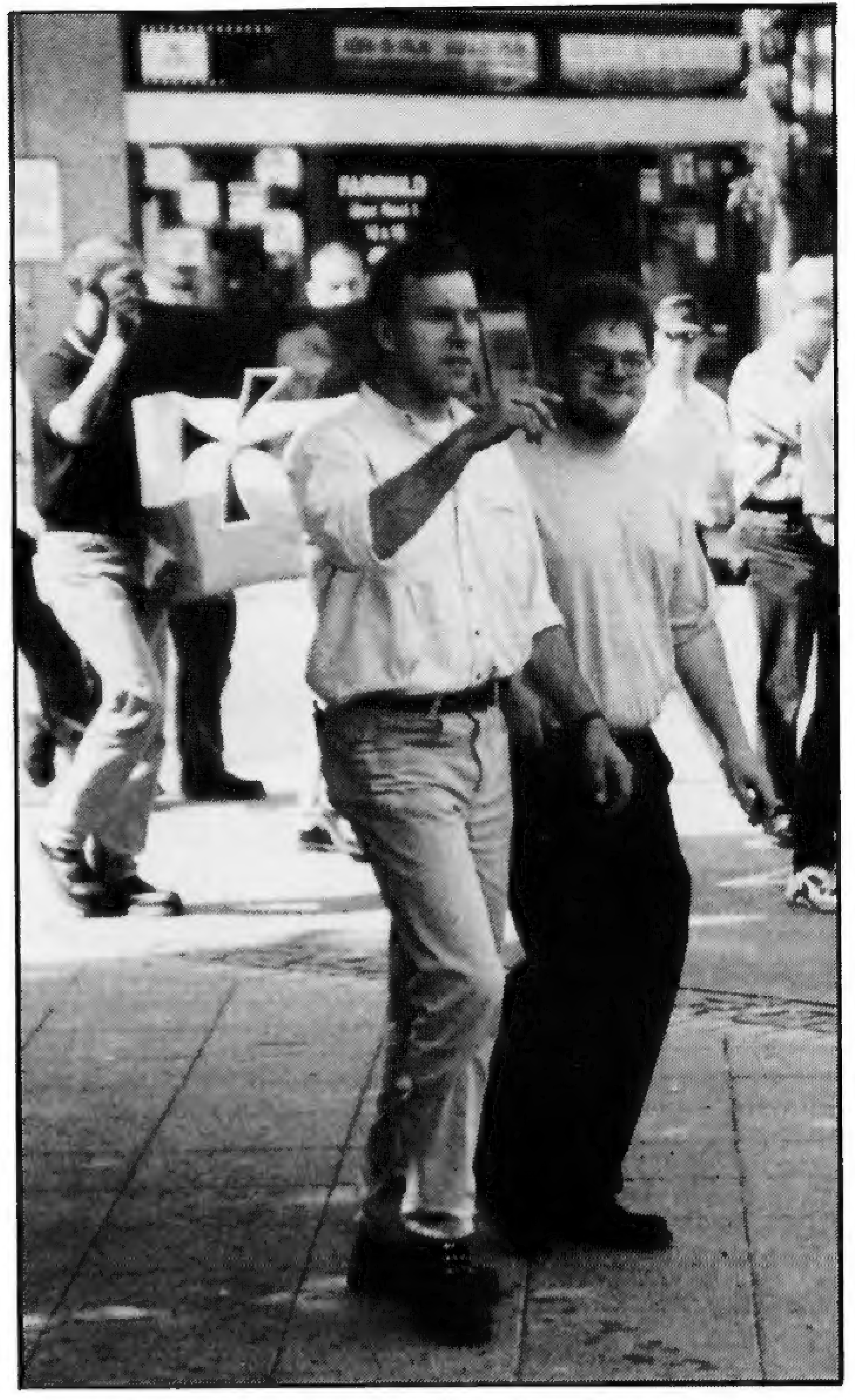


Nazi-Marschierer am 17. August 1996 in Worms

Worms

Der zentrale Rudolf-Heß-Marsch fand am 17. August in Worms statt. Hier versammelten sich ca. 250 Neonazis, von denen ein Großteil nach Abschluß der Demonstration beim gemeinsamen Rückmarsch zum Ausgangspunkt von der Polizei verhaftet wurde. Schon in den Tagen davor hatte sich - trotz vieler unterschiedlicher Meldungen und Hinweise - der Raum Südhessen und nördliches Baden -Württemberg als Aufmarschort herauskristallisiert. Die Region ist bekannt für ihre starke Neonazi- und Skinheadszene, sie war in den vergangenen Monaten immer wieder durch Neonaziversammlungen (ein Beispiel: Am 10.8. durchsuchte die Polizei 115 Neonazis in einer Diskothek in der Nähe von Heidelberg) in die Schlagzeilen geraten.

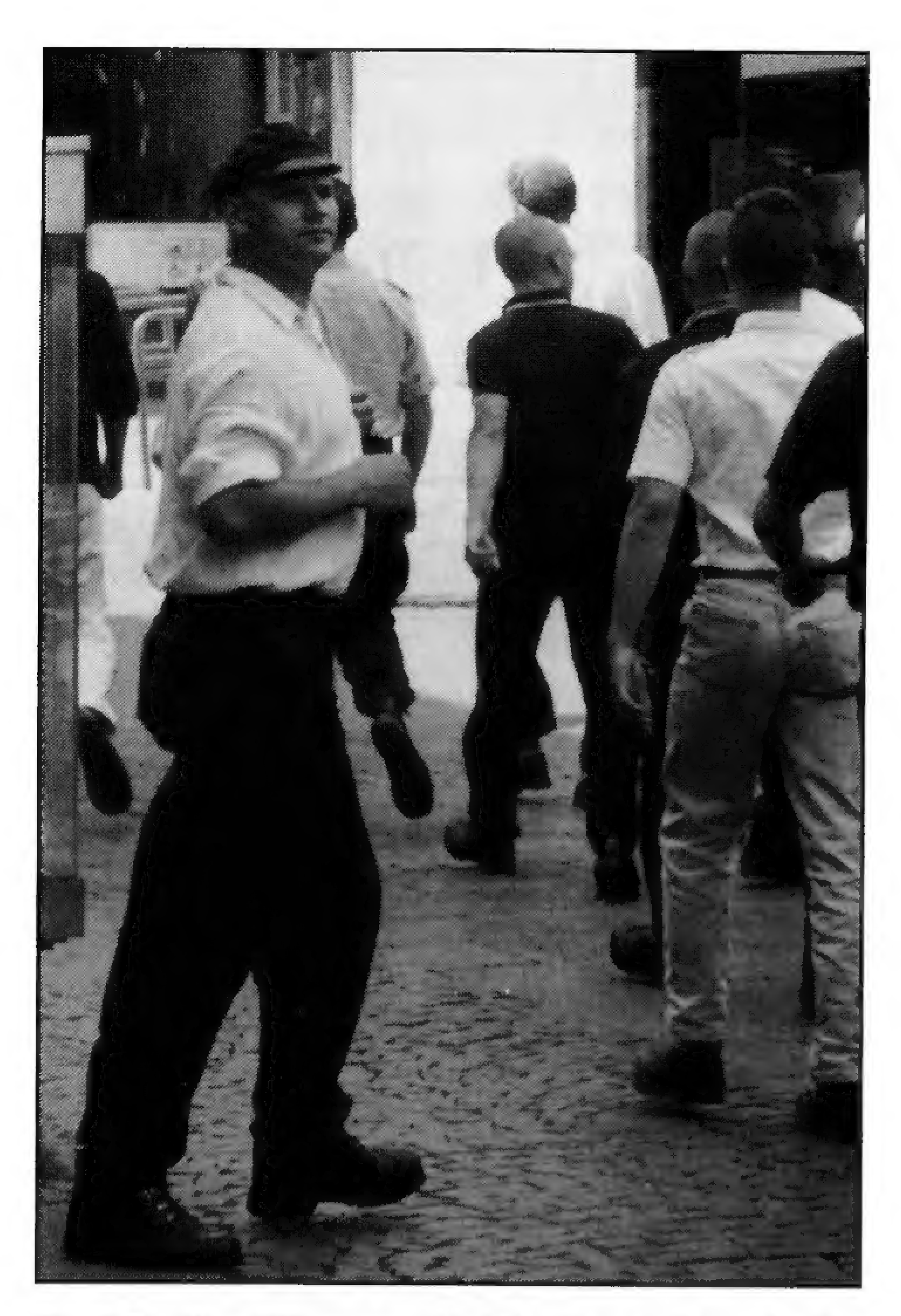
Am Samstag wurden die Neonazis über Funktelefon und Verteiler auf Raststätten allmählich in diese Region geführt und erhielten dort letzte Instruktionen. Zentraler Knotenpunkt der Koordination für die aus dem Norden und Osten Anreisenden war die Au-



„Da gehts lang!" Steffen Hupka zeigt Holger Apfel (rechts) die Marschrichtung.

tobahnraststätte Wetterau, auf der ab dem Morgen ein reger Betrieb herrschte. War es anfangs noch vergleichsweise unauffällig, waren die zahlreichen Neonazis ab 11.00 Uhr, nicht mehr zu übersehen. Ständig lungerten ca. 50 Skinheads und eindeutige Neonazis auf der Raststätte rum und warteten auf die nächsten Befehle. War vorher für knapp 50 Fußballfans noch extra ein Zug Bereitschaftspolizei auf der Raststätte bereitgestellt worden, beschränkte sich zu diesem Zeitpunkt die Besatzung eines Streifenwagens darauf, die Personalabfahrt der Raststätte abzusperren. Erst als ein Großteil der Neonazis die Raststätte wieder verlassen hatte, wurden Personenkontrollen durchgeführt. Vergleichbares Verhalten der Polizei war auch an zahlreichen anderen Stellen zu sehen. Während uniformierte Kräfte sich rar machten, dominierte die nachrichtendienstliche Überwachung. Offensichtlich war der Polizei mehr an Informationsgewinnung als am konkreten Eingreifen gelegen. So war es möglich, daß sich ein gemieteter Kleinbus trotz permanenter Begleitung durch Observationsfahrzeuge seelenruhig auf der Raststätte Wetterau aufbauen konnte und dort Zettel mit Instruktionen und Kontakttelefonnummern, aber auch Propagandamaterial, weitergeben konnte. Erst als sich der Großteil der Neonazis bereits in Worms versammelt hatte, erfolgte eine halbherzige Kontrolle.

Bis ca. 13.00 Uhr waren die meisten Neonazis per Funktelefon in die Region Mannheim geführt worden und erhielten dann erst die letzten Instruktionen. Als Treffpunkt war sehr bewußt der wormser Dom ausgesucht wurden. So war es möglich, sich mit einer größeren Gruppe zu versammeln, ohne aufzufallen. Durch Delegierte wurden die Nazis in den Dom geschickt, so daß sich bereits 150 versammelt hatten, aber auf der Straße nichts zu sehen war. Trotz der Telefonüberwachung



Ex-NL Chef Thomas Wulff - heute Mitglied der Deutschen Liga

und Observation erfuhr die Polizei vor Ort dies erst durch die telefonische Anmeldung einer Gegendemonstration. Sofort rückten Polizisten mit Hunden aus, um den Ort der Gegendemonstration zu besetzen. Die Versammlung der Neonazis im ca. 200 Meter Luftlinie entfernten Dom bemerkten sie nicht. Erst durch einen Beschwerdeanruf der Pfarrei wurde die Polizei aufmerksam. Die im Dom versammelten Neonazis hatten durch ihr Auftreten und Gegröle eine gerade stattfindende Hochzeit gestört.

Als sich um 14.00 Uhr der Demonstrationszug bildete, hatte sich erst ein Teil der Demonstranten versammelt, der Rest stieß während der Demonstration dazu. Die anwesenden Polizisten begleiteten in ihren Fahrzeugen in den ersten Minuten die Demonstration, fuhren dann aber ohne ersichtlichen Grund weg. In der nächsten Dreiviertelstunde zog die Demonstration mit Parolen wie "Hier marschiert der nationale Widerstand", „Hoch die nationale Solidarität", „Rudolf Heß, wir kennen deine Mörder" usw. durch die Stadt. Die Abschlußkundgebung fand vor einem Denkmal für gefallene Wehrmachtssoldaten statt. Die Redner **Holger Apfel**, Bundesvorsitzender der JN, und **Thomas Wulf**, „Deutsche Liga für Volk und Heimat" lobten die Demonstration als erste gemeinsame Aktion des gesamten rechten Spektrums in den letzten Jahren, zu der sich trotz der angeblichen Repression des „Systems" Hunderte versammelt hätten. Tausenden wäre es aufgrund der staatlichen Maßnahmen nicht möglich gewesen, auch hierher zu kommen.

Beim gemeinsamen Rückmarsch zum Ausgangspunkt der Demonstration erfolgten die Festnahmen, freilich wurde nur das Fußvolk verhaftet. Die Kader hatten per Funktelefon die Warnung vor der bevorstehenden Festnahme bekommen und sich rechtzeitig abgesetzt. So wurden an dieser Stelle nur 187 Personen festgenommen. Weitere Neonazis wurden bei dem Versuch nach Worms einzureisen an mittlerweile eingerichteten Kontrollpunkten ebenfalls festgenommen.



„Deutsche Recken" in Worms. Warten auf die Personalienfeststellung.

Fazit

Den Neonazis ist es gelungen, den Rudolf-Heß-Marsch in der Bundesrepublik durchzuführen. Dies ist weniger auf ihre Stärke oder besonders tolle Organisation zurückzuführen, sondern an dem offensichtlichen Desinteresse der Polizei, diesen zu verhindern. Auch die Zahl von rund 250 Teilnehmern ist eher dürftig. Ebenfalls kein Ruhmesblatt konnte sich die Polizei in Merseburg verdienen. Dort konnten ca. 120 Neonazis nahezu eine Stunde ungestört durch die Stadt ziehen. Im schwedischen Trollhätten versammelten sich etwa 260 Neonazis zu einer Heß-Kundgebung, darunter knapp 50 Deutsche. Im Anschluß kam es zu Auseinandersetzungen mit antifaschistischen Demonstranten, die einen Umzug der Neonazis verhindern konnten.



Christian Hehl (links) mußte infolge eines Sonnenstichs vom DRK einige Minuten später abtransportiert werden

Die geringe Teilnehmerzahl in Worms läßt die Neonazis im Nachhinein auch weniger über den Marsch als solchen jubeln, sondern hebt immer wieder die „nationale Einheit", die angeblich den Marsch ermöglicht hat, hervor. Um diese „Einheit" zu koordinieren, wurde eigens das Aktionskomitee Rudolf Heß '96 gegründet. Obwohl die Hauptaufgabe des Komitees neben der Koordination darin bestehen sollte, Konflikte zwischen den verschiedenen Flügeln zu unterbinden, kam es im Vorfeld zu zahlreichen Querelen. So warf das Komitee der Redaktion des „Jungen Frankens" vor, lieber an der gleichzeitigen Sommeruniversität der „Jungen Freiheit" -bzw. wie im Neonazi-Jargon heißt „Junge Feigheit"- teilnehmen zu wollen, anstatt auf der Straße zu kämpfen. Auch andere Neonazis wollten sich offensichtlich nicht dem Befehl dieses Komitees unterordnen und hatten eigene Aktionen geplant. Mehrfach mußte das Komitee betonen, daß es allein authorisiert sei, für den Heß-Marsch zu mobilisieren. In einem Schreiben des Aktionskomitees wurde an die Neonaziszene appelliert: „Laßt Euch von diesen Typen nicht irre machen. Geht auf diese Gerüchte nicht weiter ein und isoliert diese „Kameraden". Hilft das alles nicht, so müssen diese Typen „geoutet" werden. Kameraden, hier muß die ganz harte Linie gefahren werden, weil es gegen unsere Sache ist." Aber selbst die JN hielt sich nicht an Absprachen. Sie mußte sich vorwerfen lassen, die Demonstration in Bad Harzburg nicht mit dem Komitee abgesprochen zu haben. Ganz so weit scheint es mit der Einheit noch nicht zu sein.

◪

P.C. Walther

Proteste gegen die IG Farben-Aktionärsversammlung

Die diesjährige Protestaktion gegen die Aktionärsversammlung der IG Farben i.A. in Frankfurt am Main fand ein großes Medienecho. Nahezu alle großen Tageszeitungen, Agenturen, Rundfunk- und Fernsehsender berichteten über die Aktion und thematisierten damit die Rolle der IG Farben im Hitlerfaschismus und ihre noch immer fortdauernde Existenz als „Abwicklungsgesellschaft", die inzwischen mit Ansprüchen auf „Vermögenswerte" der ehemaligen IG Farben spekuliert.

In diesem Jahr ging der antifaschistische Protest einen Schritt weiter: Es wurde nicht nur gegen das Stattfinden der Aktionärsversammlung protestiert, sondern die Auflösung der Gesellschaft gefordert. Die Demonstranten blockierten den Zugang zum Hotel. Nur mit Hilfe der Polizei gelangten die Aktionäre in das Gebäude. Aber auch dort, in der Aktionärsversammlung, traten kritische Aktionäre auf und forderten die Auflösung.

Träger der Protestaktion war ein breites Bündnis antifaschistischer Gruppierungen und Organisationen, darunter als Initiatoren das „Auschwitz-Komitee", die VVN-BdA und der „Dachverband kritischer Aktionärinnen und Aktionäre" sowie Gewerkschafter (u.a. der DGB-Kreis Frankfurt) und autonome Gruppen.

Die IG Farben, der größte deutsche Chemiekonzern bis 1945, ist ein exemplarisches Beispiel für die enge Verflechtung und Komplizenschaft deutschen Großkapitals mit dem Hitlerfaschismus. Der Chemiekonzern arbeitete aufs engste mit NSDAP und SS zusammen. Auf IG-Farben-Gelände wurde bei Auschwitz ein eigenes KZ errichtet. Über 30.000 Zwangsarbeiter/-innen und Häftlinge büßten dort ihr Leben ein. Ohne die Leistungen der IG Farben (vor allem Rüstungsprodukte für Hitlers Kriegsmaschine) wären Existenz und Fortdauer des Naziregimes, die Massenmorde und der verbrecherische Krieg nicht möglich gewesen. Nach 1945 gab es einen Kriegsverbrecherprozeß gegen Direktoren der IG Farben. Doch im Zuge des Kalten Krieges, der Restauration und Remilitarisierung kamen die Verurteilten bereits nach kurzer Zeit wieder frei und besetzten alsbald führende Positionen in Wirtschaft oder Politik. Dieser Hintergrund ist es, der das Ausmaß der Provokation deutlich macht, daß über 50 Jahre nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus noch immer eine Aktionärsgesellschaft der IG Farben tätig ist. In den 50er Jahren zur Abwicklung des entflochtenen IG Farbenkonzerns gebildet, betreibt diese Aktionärsgesellschaft nicht etwa die endgültige Liquidation und Verwendung des Restvermögens für Entschädigungsleistungen, wie es gefordert wird, sondern spekuliert mit Ansprüchen auf ehemaligen Immobilienbesitz der IG Farben im Bereich der früheren DDR.



Mehr als makaber! Anzeige für ein Anti-Insekten-Spray von BAYER am 6.7.1996 in „Prensa Libre", der wichtigsten Tageszeitung von Guatemala: „Der plötzliche Tod ist eine deutsche Spezialität".

„Die Verfolgung von Ansprüchen auf Grundbesitz" bleibt laut FAZ-Wirtschaftsteil vom 22.8.96 „die Hauptaufgabe" der Gesellschaft. Inzwischen hat die IG Farben „in Abwicklung" einen neuen Großaktionär: Die von dem Kölner Immobilienunternehmer Günter Minninger kontrollierte GfW („Gesellschaft für Wohnbesitz") hat 42,9 Prozent der IG Farben von der Heidenheimer Beteiligungs- und Grundbesitz AG WCM übernommen. Auf Veranlassung Minningers ist der ehemalige Spiegel-Korrespondent **Rudolf Wallraf** neu in den Aufsichtsrat der IG Farben gekommen. Damit soll, schreibt die FAZ, „auch personell die Absicht unterstrichen werden, die Rückgewinnung des Berliner Vermögens" der ehemaligen IG Farben „voranzutreiben". Die Aktionärsgesellschaft der IG Farben i.A. betreibt also ihr schmutziges Geschäft weiter. ◪

Neues von der JF

Die Ende April begonnene Spendenkampagne zugunsten der vom Verfassungsschutzbericht beobachteten Wochenzeitung „Junge Freiheit" (JF) zeitigt erste Erfolge. In einem Rundschreiben teilt **Ulrike Guleikoff** für die „Freunde der Jungen Freiheit" nun mit, daß bisher „24,6 % der Abonnenten mit einer Spende geholfen" hätten. Dabei seien „schon mehr als 80% der Mittel eingegangen, die für die gut geplante Werbekampagne zum Ausgleich des eingebrochenen Kioskverkaufs benötigt werden." Weitere rund 20.000 DM sollen noch gesammelt werden, um somit das selbstgesteckte Ziel von 100.000 DM zu realisieren. Die derzeitige JF-Auflage schätzt der aktuelle Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen lediglich „zwischen 10.000 und 15.000 Exemplaren" ein. „Unklar bleibt auch, wie neue Aktivitäten im Jahre 1995 finanziert wurden und in Zukunft finanziert werden." In der aktuellen Ausgabe vom 12. Juli gibt die JF zwei Änderungen in der Zusammensetzung ihrer Redaktion bekannt. Der langjährige Redakteur und Vielschreiber **Roland Bubik** (26) scheidet offiziell aus. Anfang Juni beschrieb die ehemalige JF-Autorin **Gerlinde Gronow** (22) Bubik als „kleinen Yuppie" und „großen Antiamerikanisten", der „jeden Tag bei McDonald's" ißt. Das Tragen von Jeans wolle Bubik, so Gronow in dem Interview mit der Berliner Tageszeitung „taz", am liebsten verbieten. Den „oberen Zehntausend", zu denen sich offensichtlich auch Diplom-Kaufmann Bubik zählt, sei es jedoch vorbehalten, auch weiterhin die begehrten Beinkleider zu tragen.

Bubiks bisheriges Ressort „Zeitgeist und Lebensart" („Wir danken ihm für den Aufbau dieser Seite, die zum unverwechselbaren Profil der JF beiträgt") übernimmt der 20jährige Fan von Ernst Jünger, **Manuel Ochsenreiter**. Redakteur **Patrick Neuhaus** geht zur Bundeswehr und gibt deshalb die Berlin-Seite an die Hauptredaktion ab, der jetzt **Gerhard Quast** angehört. Der ehemalige Mitarbeiter der nationalrevolutionären Zeitschrift „wir selbst" betreut außerdem seit 1995 das Ressort „Natur & Umwelt". Von Anfang 1990 bis Ende 1993 gehörte Quast der JF bereits als verantwortlicher Redakteur an.

Haftentschädigung zurückgefordert

Die Entschädigung, welche ihr als „Opfer des Stalinismus" zuerkannt worden war, muß die ehemalige KZ-Aufseherin **Margot Pietzner** jetzt zurückzahlen. Nur durch massive Nachfrage konnte festgestellt werden, daß die ehemalige SS-Aufseherin zu Unrecht als „politischer Häftling" anerkannt und für ihre Haftzeit in der ehemaligen DDR entschädigt wurde.

Ulla Jelpke

Bundeswehr im ehemaligen Jugoslawien erhält Verstärkung:

Neurechter als Presseoffizier zum Fronteinsatz

In seiner Ausgabe vom 24. August 1996 vermeldet das revanchistische „Ostpreußenblatt“ kurz und knapp: „Joachim F. Weber hat mit Wirkung vom 19. August 1996 die Redaktion des *Ostpreußenblattes* verlassen, um als Presseoffizier für das deutsche Kontingent der Internationalen Baltikan-Friedenstruppe (IFOR) in Kroatien tätig zu werden. Joachim F. Weber gehörte der Redaktion unserer Zeitung seit September 1991 an und arbeitete im Ressort Politik für die Bereiche Zeitgeschehen und >Politisches Buch<“.

Mit **Joachim F. Weber** hat die Bundeswehrführung für den zu vergebenden Posten ihre Wahl getroffen. Man muß davon ausgehen, daß die Entscheidung für diese hochsensible Funktion mit Bedacht gefallen ist.

Wofür steht das „Ostpreußenblatt“ und dessen Redakteur Weber?

1. In den letzten Jahren hatte das „Ostpreußenblatt“ zu den kriegerischen Ereignissen durch ihre Berichterstattung immer wieder gezeigt, daß das Blatt hier alles andere als einen friedenstiftenden und ausgleichenden Kurs fährt. Das Gegenteil ist der Fall: Frühzeitig wurde ein Kurs der Eskalation des Konflikts das Wort geredet. Garant für eine derartige Linie des Blattes in der Berichterstattung waren Personen aus der rechtsextremen Szene wie **Hans Peter Rullmann** (gleichfalls Autor in „Europa vorn“) und **Karl-Heinz Spiess**.

2. Das „Ostpreußenblatt“ bewegt sich aber auch auf>traditionsreichen Boden<. Das „Ostpreußenblatt“ hatte in den vergangenen Jahren immer wieder in geschichtsrevisionistischer Manier die >Verbrechen der jugoslawischen Partisanen< gegen die deutschen Soldaten der Nazi-Wehrmacht thematisiert. Ein „Ostpreußenblatt“-Redakteur als Presseoffizier der Bundeswehr im ehemaligen Jugoslawien weist somit auch auf diese Kontinuitäten hin.

3. Der Redakteur Weber hat durch seine Artikel selber keinen Hehl gemacht, welcher politischen Richtung er angehört. In seinen Artikeln hat er immer wieder seine geschichtsrevisionistische Grundhaltung offenbart. Selbst im „Ostpreußenblatt“ bewegt er sich eher am rechten Rand:

* So stützt sich Weber beispielsweise in seinem Artikel „Rußlandfeldzug: Präventivschlag oder Überfall? Thesen der deutschen Agression sind wiederlegt“ (Ostpreußenblatt 25.8.90 und 1.9.90) just auf die Positionen berüchtigter Rechtsextremisten wie **Max Klüver**, **Ernst Topitsch** usw. Weber beklagt, daß diese Personen „jahrzehntelang als NS-verharmlosende Außenseiter abgestempelt“ wurden sind. Mit ihnen leugnet er die Kriegsschuld Nazi-Deutschlands.

* So preist er beispielsweise auch in einer Rezension den Reprint der Jahrgänge 1924-1943 der „Altpreußischen Forschungen“ an. Auch und gerade weil diese Forschungen während der NS-Zeit betrieben wurden, ist dies ein Grund sie zur Lektüre zu empfehlen. Weber führt damit einen Schlag gegen „die pauschale Verurteilung von Forschung und Lehre der deutschen Geistes- und Humanwissenschaften in der Zeit des Dritten Reiches“. Die Ausführungen von 1940 „Der Korridor, diese unseligste aller geschichtswidrigen Erfindungen des Diktatsfriedens von 1919 ist nicht mehr...“ kommentiert Weber heute: „Eine Einschätzung, die von vielen namhaften ausländischen Politikern geteilt wurde und die auch dem Rezensenten vor dem geschichtlichen Hintergrund zumindest verstehbar erscheint“ (Ostpreußenblatt, 5.1.91).

Keine Wunder also, daß Weber, der soviel Verständnis für die NS-Politik aufbringt, im „Ostpreußenblatt“ nicht nur Werbung für die „Junge Freiheit“ („Ohne Blatt vorm Mund. Jetzt wöchentlich - der Aufstieg der >Jungen Freiheit<) machte (Ostpreußenblatt 15.1.94), sondern auch in der neurechten Zeitung „Criticón“ schrieb und in der rechtsextremen „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ eine führende Funktion bekleidete.

Man weiß nicht, welche anderen Artikelproben Weber seinem Bewerbungsschreiben an die Bundeswehr beigefügt hat - vielleicht: „Im Felde unbesiegt geblieben. Vor dreißig Jahren starb General Paul v. Lettow-Vorbeck, der >Löwe von Afrika<“ (Ostpreußenblatt 5.3.94) oder: „Etikettenschwindel um die vernachlässigte Geopolitik“ (Ostpreußenblatt 26.1.91) - fest steht: Die Bundeswehr fühlt sich durch ihren neuen Presseoffizier würdig vertreten. ◪

Matthias Rauch

Ehrung für Nazigeneral

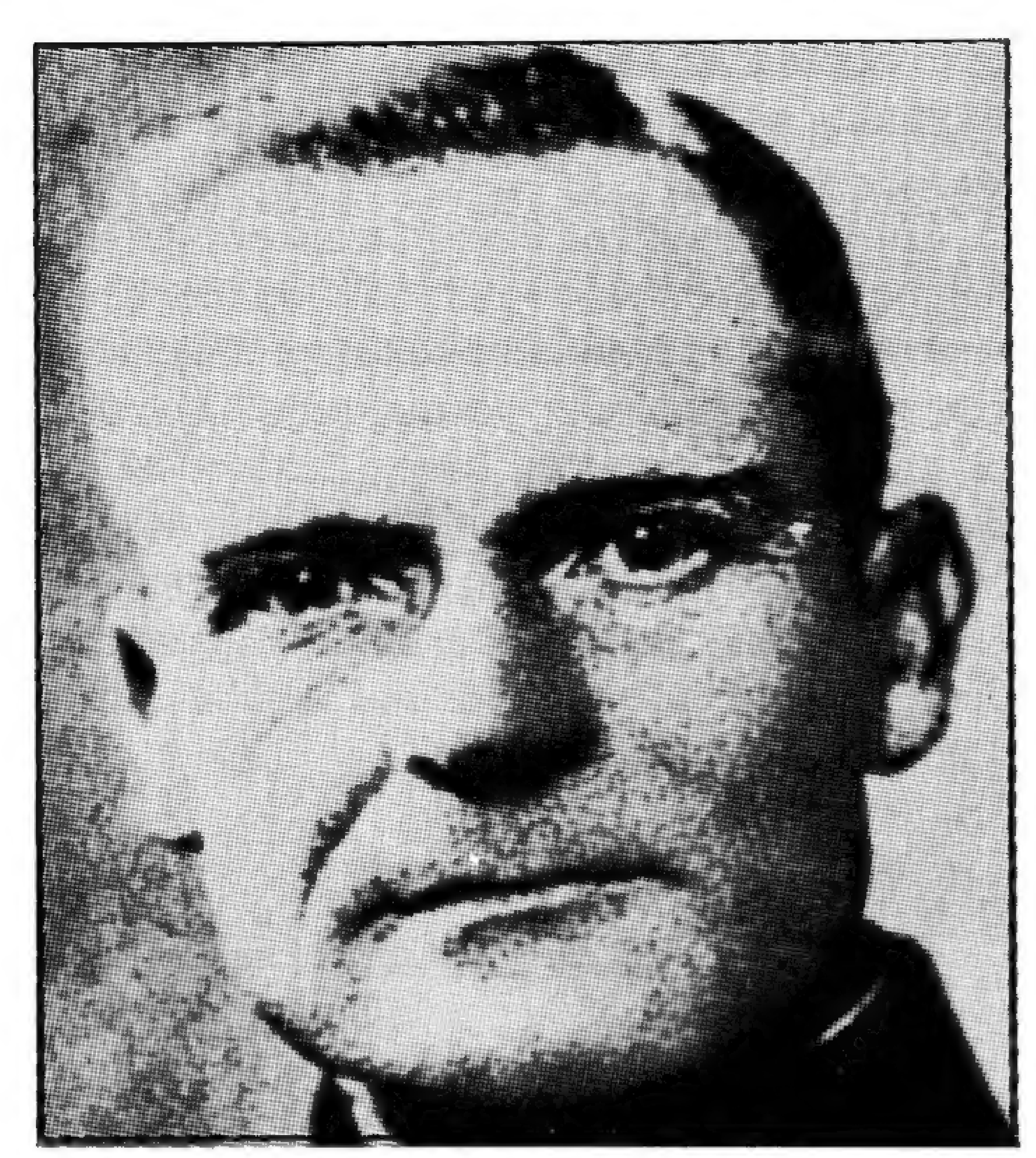
Seit 1956 hängt im Frankfurter Lessing-Gymnasium eine Gedenktafel für den Wehrmachtsgeneral Karl Heinrich von Stülpnagel, der als Beteiligter des militärischen Widerstandes des 20. Juli 1944 kurze Zeit später in Berlin-Plötzensee hingerichtet wurde.

Trotz der Tatsache, daß es sich bei **Karl Heinrich von Stülpnagel** um einen erklärten Antisemiten und hochrangigen Kriegsverbrecher handelt, hält die Schule an einer Ehrung fest. Unterstützung bei diesem Vorhaben erhält sie von einem breiten rechten Spektrum, das von der CDU bis zur "Jungen Freiheit" reicht.

Ebenso wie zwei weitere Wehrmachtsgeneräle, Caesar von Hofacker und Friedrich Karl Klausing, wurde von Stülpnagel in der Aula des Lessing-Gymnasiums als ehemaliger Schüler und Beteiligter am sog. militärischen Widerstand mit einer Gedenktafel und einem Porträtbild geehrt. Durch die Recherche einer AG zur Schulgeschichte wurde die Ehrung Ende 1995 öffentlich und geriet zunehmend in die Kritik. Die seit diesem Zeitpunkt stattfindende Diskussion ist exemplarisch für den Versuch des rechten Spektrums, das Bild der Geschichte zu verfälschen. Zeigt sich doch insbesondere an der Person von Stülpnagels, daß der sog. „militärische Widerstand“ nicht aus moralischen Gründen handelte, sondern daß es sich weitgehend um einen Putschversuch der alten konservativen Elite handelte.

Wie die übrige Militärführung stellte sich von Stülpnagel den Nationalsozialisten ab 1933 zur Verfügung, erst 1938/39 kam es zu einem Bruch zwischen der Militärführung und der NS-Führung. Von Stülpnagel gehörte einem Kreis von hochrangigen Militärs an, die zwar den Überfall auf Polen und die anschließende Besetzung befürworteten, einen Krieg an der Westfront aber als fatalen militärischen Fehler ansahen. Trotz seiner oppositionellen Meinung diente sich von Stülpnagel weiter den Nazis an, er gehörte von 1938-40 zu dem Generalstab des Heeres, kommandierte ab Januar 1941 die 17. Armee im Krieg gegen die Sowjetunion und war ab 1942 Militärbefehlshaber im besetzten Frankreich. In beiden Positionen war er verantwortlich für Deportationen und Zwangsmaßnahmen gegen die Zivilbevölkerung, um diese für den Widerstand von Partisanen zu bestrafen. Von ihm stammt die Idee, bei Militärtransporten Geisel zum Schutz der Züge gegen drohende Anschläge als lebende Schutzschilder einzusetzen. Dies galt in Frankreich auf seinen Befehl ab dem 17. 4. 1942, es mußten jeweils 20 französische Zivilisten deutsche Militärzüge begleiten.

Trotz dieser Geschichte hält der Rektor der Schule, Klaus Meyer, eine weitere Ehrung für möglich, macht diese aber von den Ergebnis-



Karl-Heinrich von Stülpnagel

sen der laufenden Diskussion abhängig. Ganz anders sieht es die CDU und die JU, JU-Vorsitzender Boris Rhein findet zwar die Rolle von Stülpnagels bis '44 „fragwürdig", bezeichnet aber die laufende Diskussion als „beschämend und widerwärtig" und sieht Stülpnagel als zu unrecht kritisiert an. CDU und JU versuchen von Stülpnagels Opposition und späteren Widerstand als mutiges, moralisch hochanzusehendes und beispielhaftes Verhalten darzustellen, das den Schülern unbedingt als Vorbild für das eigene Leben vermittelt werden sollte. Auch der Münchner Bundeswehr-Prof. **Michael Wolffsohn** tritt für eine weitere Ehrung ein, er griff mittels eines Artikels in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 14. 1. 1996 in die Diskussion ein und machte sich für eine Ehrrettung von Stülpnagels stark. Dabei nahm er es mit der Wahrheit nicht sehr genau. So habe von Stülpnagel - nach Wolffsohn - zur Rettung jüdischer Menschen beigetragen, indem er ab 1943 keine Soldaten mehr für den Transport in die Konzentrationslager zur Verfügung gestellt habe. Wolffsohn spricht im Gegensatz zu der Tatsache, daß Stülpnagel verantwortlich für Deportationen und Erschießungen von Juden war, davon, daß dies „weder das erste noch das letzte Mal war, daß es wegen der Judenpolitik zu Auseinandersetzungen zwischen (...) Stülpnagel und der SS" gekommen sei. Besonders perfide ist sein Versuch in diesem Zusammenhang, die Angehörigen der Wehrmacht von ihrer Mitschuld an Deportationen zu entlasten, indem er französische, mit den Nazis kollaborierende Verbände als Verantwortliche für Deportationen nennt.

Um Stülpnagels Andenken ist auch die "Junge Freiheit" besorgt, in einem Artikel von **Martin Otto** in der JF vom 24. 11. 1995 schreibt dieser, daß von Stülpnagels laut dem Urteil von Militärhistorikern einer „der am meisten ethisch fundierten Soldaten des Zweiten Weltkrieges" sei. Nun würde er aufgrund „politischer Unkorrektheit" angefeindet.

Obwohl die Diskussion im kommenden Schuljahr weitergehen soll, wird eine weitere Ehrung schwer. Die Familie von Stülpnagels hatte im Juli genervt von der Diskussion das Bild, mit dem er geehrt wurde und das aus ihrem privaten Besitz stammte, zurückgefordert und angekündigt, daß sie auch in Zukunft kein Bild mehr zur Verfügung stellen würden. Offiziell begründete sie diesen Schritt mit persönlichen Gründen.

Abschrift:

Aus dem Erlaß von Karl Heinrich v. Stülpnagel an die nachgeordneten Dienststellen vom 10. April 1942 zur Verschärfung der Repressivmaßnahmen:

Der Führer hat befohlen, daß künftig für jedes Attentat, abgesehen von der Erschießung einer Anzahl geeigneter Personen, 500 Kommunisten und Juden dem Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei zur Deportation nach dem Osten zu übergeben sind. Zur Deportation können auch asoziale Elemente herangezogen werden, da sie erfahrungsgemäß in der Regel kommunistisch eingestellt sind...

Durch Überprüfung der französischen Lager ist dafür Sorge zu tragen, daß in das Lager Compiègne eine ausreichende Anzahl von Personen überstellt wird. Bei Neufestnahmen ist stets zu prüfen, ob eine Überführung in das Lager Compiègne zum Zwecke der Deportation angezeigt ist.

aus ZStA Potsdam, Film Nr. 15 526, Nürnberger Prozeßmaterial, Dok. RF-1241

Berthold Barth

"Mörder leben länger"

Autonome outeten erneut einen Nazi vor seinen Nachbarn

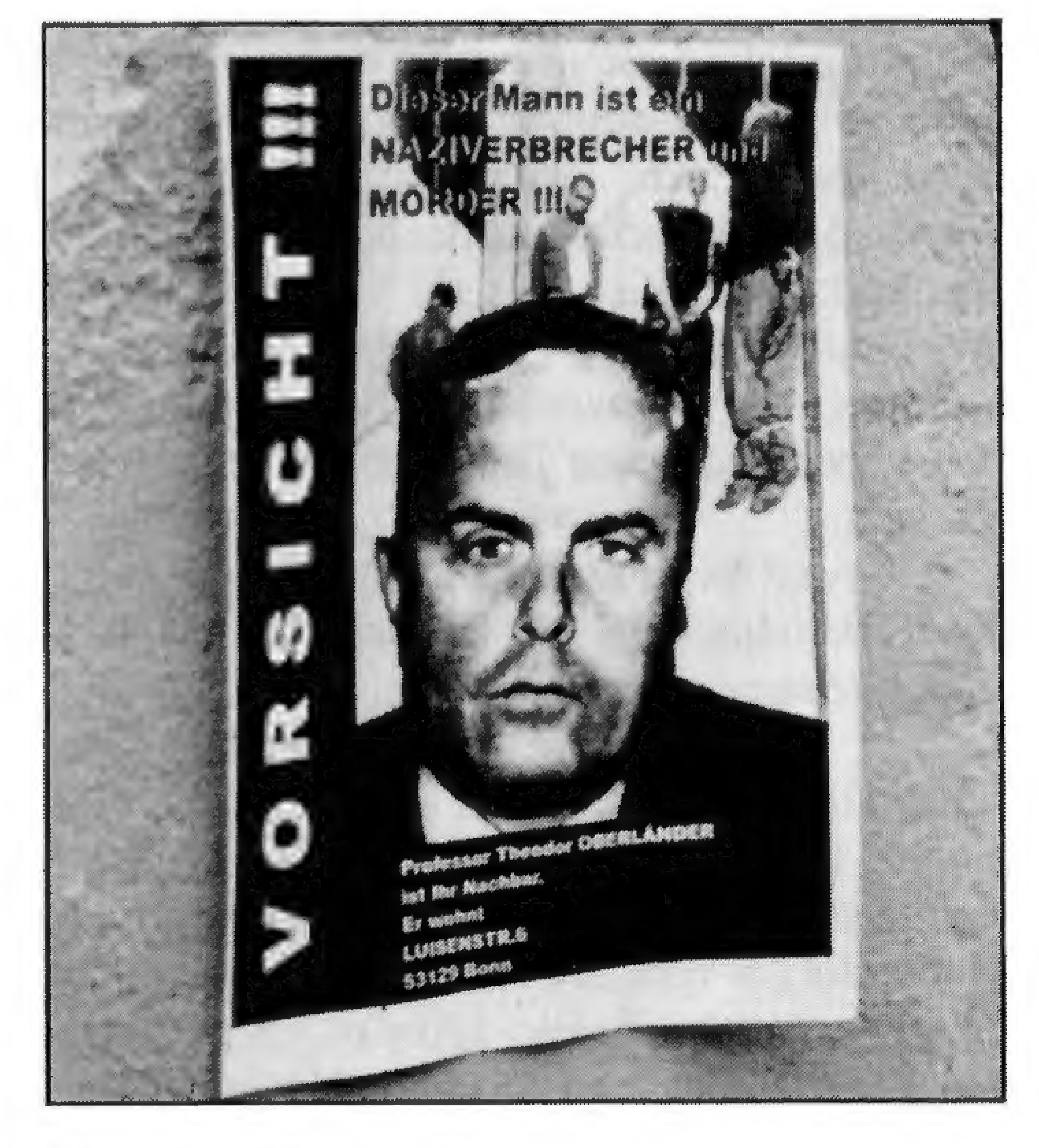
Im vergangenen November demonstrierten Autonome und VVN-Mitglieder vor dem Wohnhaus eines SS-Mörders in Hagen. Am 29. Juni führte sie die Spur nach Bonn, zum Wohnhaus von Prof. Theodor Oberländer.

Der 92jährige Pensionär **Theodor Oberländer**, der noch heute Kontakte zu Rechten aus dem "Junge Freiheit-Umfeld", Revanchistenverbänden und der "Antikommunistischen Weltliga" pflegt, lebt dort von seiner ansehnlichen Ministerpension.

Adenauer hatte den Funktionär der Vertriebenenorganisation BHE in sein Kabinett geholt, aus dem Oberländer erst nach einer internationalen Kampagne wegen seiner Kriegsverbrechen 1960 wieder entfernt wurde. Das vom Obersten Gericht der DDR gegen ihn in Abwesenheit gesprochene Urteil zu lebenslangem Zuchthaus wegen "fortgesetztem Mord und fortgesetzter Anstiftung zum Mord in Lemberg, Satanow, Tarnopol, Kaukasus" konnte Oberländer nach der Einverleibung der DDR als "Unrechtsurteil" aufheben lassen.

Die nationalsozialistische Karriere des Theodor Oberländer reicht weit zurück: Bereits 1923 beteiligte er sich am gescheiterten Hitlerputsch in München, 1933 übernahm er eine Professur am Institut für Osteuropäische Wirtschaft an der Königsberger Universität, an dem er die Nazi-Bevölkerungspolitik vordachte und -plante. Bereits 1937 - zwei Jahre vor dem deutschen Überfall - attestierte er eine Überbevölkerung von 9 Mio. Menschen in Polen, die nur durch "Verdrängung" und "Aussiedlung" zu beheben sei. 1940 schrieb er in der Nazi-Zeitschrift "Neues Bauerntum": "Die Eindeutschung der Ostgebiete muß in jedem Falle eine restlose sein." Die von ihm propagierten "Maßnahmen zur vollständigen Aus- und Umsiedlung" konnte er schon bald als Offizier in der Abwehr, dem Geheimdienst der Wehrmacht, mit der Organisation von Kollaboration und Pogromen in die Tat umsetzen.

Als Volkstumsexperte stellte er aus ukrainischen Nationalisten eine Hilfstruppe für die Wehrmacht - die Sondereinheit "Nachtigall" - zusammen. Noch am selben Tag, an dem die Wehrmacht am 29. Juni 1941 in Lemberg einmarschierte, entfachte Oberländers Einheit eine antisemitische Kampagne, denen Hunderte Juden zum Opfer fielen, parallel dazu wurde nach genauen Listen von den "Nachtigallen" polnische und jüdische Intellektuelle li-



Theodor Oberländer

quidiert. Insgesamt wurden unter Oberländers Aufsicht durch die antisemitisch aufgehetzte Bevölkerung und durch seine Sondereinheit über 5.000 Menschen ermordet.

Diesem Erfolg verdankte Oberländer die Beförderung zur Führung des Bataillons "Bergmann" im Kaukasusgebiet 1942, wo er erneut mit Hilfe fremdländischer Truppen einen effizienten Volkstumskampf und Ausrottungsfeldzug gegen Partisanen führte.

In dieser Zeit erschoß er eigenhändig eine

gefangene Lehrerin, um in einem Offiziersdisput darüber, ob Sowjets oder Deutsche im Angesicht des Todes standhafter seien, die seiner Meinung nach größere Standfestigkeit der Sowjets zu belegen. Dazu ließ er die Lehrerin zuerst auspeitschen, danach erschoß er sie eigenhändig. Wegen dieser Tat ist zur Zeit ein Ermittlungsverfahren bei einer Staatsanwaltschaft gegen ihn anhängig. Ob dies aber zu einer Anklage gegen den Kriegsverbrecher führt, bleibt zweifelhaft in einer Zeit und in einem Land, in dem 51 Jahre nach der Befreiung von den Nazis Kriegsverbrecher nur noch in fremden Ländern gesucht werden.

Die Outing-Aktion erfolgte diesmal gänzlich in Abwesenheit der Polizei. Ob dies nun ausschließlich an der geschickten Tarnung des aus dem Wuppertale angereisten Teils der DemonstrantInnen lag, blieb unklar. So konnten jedenfalls in aller Ruhe eine Erklärung an die Nachbarn verlesen und verteilt, Parolen auf die Straße und Hauswand geschrieben und das Haus mit Farbeiern markiert werden. Der in seiner Wohnung anwesende Kriegsverbrecher beschwerte sich in einem telefonischen Interview nachher gegenüber einem Fernsehjournalisten, er habe zwei Stunden in seiner Wohnung zitternd auf die Ankunft der Polizei warten müssen.

Auf dem Rückweg diskutierten einige TeilnehmerInnen, ob eine solche Aktion überhaupt angemessen oder ausreichend sei angesichts eines "Vordenkers der Vernichtung", von dem es in dem Redebeitrag hieß: "Und er ist ein Symbol für dieses verkommene Land, das von Nazi-Mördern, NS-Schreibtischtätern und Hitlers Generälen wiederaufgebaut wurde, dessen Wirtschaftswunder und Wohlstand auf den Massengräbern blühte."

Andreas Speit

Neoheidnische Mimikry - der Rabenclan

Kaum hatte es Anfang der 80er Jahre innerhalb der naturreligiösen und neoheidnischen Szene die Runde gemacht, daß die Hopi und Schamanen nicht die ureigenen Indios sind, begann die Suche nach denselben, und die Rezeption der Germanen und Kelten war eingeläutet.

Eine etwas neuere Erscheinung in dem illustren Spektrum ist der 1994 ins Leben gerufene „Rabenclan - Arbeitskreis der Heiden in Deutschland e.V". Beklagten sie 1995 noch die mangelnde Popularität, so mißfällt heute die öffentliche Aufmerksamkeit und Kritik.

Im Verlaufe der Koblenzer Sommeruni vom 19. bis 26. Juni, wo die Raben zwischen Metaphysik, Kryptologie, Vedischen Kochen, Wahrer Liebe und Tierrechte u.a. über Tarot, Satanismus, keltische und germanische Religion informierten, mehrten sich die Stimmen, daß die von ihnen formulierte Distanz zu „rassistischen und rechtsextremen Gedankengut" geringer ist, als sie vorgeben. In der Präambel des Arbeitskreises mit Sitz in Everswinkel heißt es zwar, Gruppierungen und Personen seien abzulehnen, „welche die Freiheit und Würde des Menschen mißachten", und allerorts verkünden sie, daß sie sich gegen eine Instrumentalisierung „neopaganistischer Religionen" für „rassistische Anschauungen" verwehren, doch die Bekenntnisse relativieren sich.

Während **Sven Scholz**, Erster Vorsitzender des Rabenclans und Asatrú-Priester, mit dem Künstlernamen „Asathor Odhinnson Drottinn Godhi", was soviel wie „Asentreuer Sohn des Odin, Gefolgschaftsführer und Priester" bedeutet, in seinem Vortrag die germanische Religion „Asatrú" als eine unverfängliche Naturreligion verklärt, offenbart er ihren Charakter in seinem Essay: „Asatrú - Kulturelle und begriffliche Einführung". Nachdem der Gefolgschaftsführer und Priester „die Germanen" als „Träger einer gemeinsamen Kultur" definiert hat, und konstatierte, daß die germanischen Götter Vorbilder seien, die dem Menschen seine evolutionistischen Möglichkeiten aufzeigten, skizziert er das „männliche" und „weibliche Prinzip". Nur wenn die Verliebtheit und Schwärmerei der Frau und das triebhaft Kriegerische des Mannes in Harmonie wäre, etablierten sich „zwei Ganze". Die bewußte Annahme des ererbten Heils und Schicksals sei eine weitere spirituelle Wahrheit, wie die Aristokratie, die primär eine Kriegergefolgschaft gewesen sei und auf freiwilliger Einsicht des Gehorsams basierte. „Eine Planung von Beutefahrten" wäre jedoch heute „nicht unbedingt sinnvoll".

Ein weiteres Charakteristikum der Germanen sei die „extreme Anpassungsfähigkeit bei gleichzeitiger Beibehaltung der eigenen Identität", welche, wie Scholz an anderer Stelle hervorhebt, durch den „Verlust der Stärke" ins Wanken gekommen sei.

Als „political correct" und vorbildlich hebt Scholz den von **Stephen Flowers** gegründeten „Ring of Troth" hervor, eine internationale Asatrú-Dachorganisation. In der Bundesrepublik ist Flowers unter dem Pseudonym **Ered Thorsson** bekannt und zählt zu den meistgelesenen Runenbuchautoren. Selbiger hält rechte Politik und Religion für untrennbar verbunden, und für seine Organisation wurde 1995 im Thule-Netz geworben.

Nicht minder beschönigend referierte **Hans Schumacher**, der ebenso bei den Raben und Asatrú involviert ist, bei der Sommeruni. In seinem Vortag „Heidentum und rechte Ideologie", negierte er, unterstützt von Scholz, gänzlich die historische Rolle der Rezeption des Germanentums auf dem Weg zum Faschismus. Ausschließlich die Ariosophie, sowie den Armanen Orden von **Adolf Schleipfer** und seine von ihm getrennt lebende Frau **Sigrun Schleipfer**, klassifizierte er als alleinige Träger rassistischer Konzepte im Neoheidentum.

Daneben erwähnte er auch nicht, daß er regelmäßiger Gast beim Marburger „Hexen - und Heidenstammtisch" ist, den **Frank Nau** und **Heidemarie Patterson** organisieren. Beide unterhalten Beziehungen zu rechtsextremen Kreisen. Frank Nau gehört der konspirativ arbeitenden „Tempelhofgesellschaft" an, deren maßgebliche Führungspersönlichkeit **Hans-Günther Fröhlich** Kontakte zu Michael Kühnen, Manfred Roeder als auch zur Wehrsportgruppe Hoffmann hatte. Der Orden selbst versteht sich als eine mystische und militärische Gemeinschaft in der Tradition des historischen Tempelordens, der in der Zeit der Kreuzzüge in Palästina, 1119, entstand. Per einfacher Weisung kann heute jedes Mitglied verpflichtet werden, laut Ordensregeln besondere Dienste dem „Deutschen Volk und Deutschen Vaterland zu erbringen, die über die Aufgabenstellung eines Normalbürgers hinausgehen". Naus langjährige Lebensgefährtin Patterson war indes mehrfache Autorin in der mittlerweile eingestellten „HexenZeitschrift", in der gegen „die Antifa" gewettert wurde. „Theoretische" Basis des Stammtisches ist der esoterische Hitlerismus, in dem Hitler nicht nur als spirituelles Wesen herumgeistert, sondern auch als politische Leitfigur verehrt wird. Aus jenen Gründen verwies man in Marburg die Heiden und Hexen vom Stammtisch schon des öfteren aus den Räumlichkeiten.



Die Grenzwanderung des als „Dachverband" fungierenden Rabenclans mit seinen rund 200 Mitgliedern, im wesentlichen „Kelten, Wiccas, freischwebende Hexen und Asatrús", zeigt sich des weiteren exemplarisch mit dem Bezug auf die Kultur als sinn- und identitätsstiftend für die „indoeuropäische und germanische Gemeinschaft". Scholz und Schumacher formulieren hier die gravierenden Differenz zum Rassismus und Rechtsextremismus. Nur diese besteht so nicht. Sowohl die präfaschistischen Denker, u.a. aus dem Kreis der „Konservativen Revoloution", als auch die sog. „Neue Rechte" legitimieren ihren völkischen Nationalismus und Ethnopluralismus nicht ausschließlich im Rekurs auf eine „Rasse", biologische Dispositionen, sondern einer konstruierten Kultur. „Rasse" wird in diesem Kontext nur als eine biologische und kulturelle Realität postuliert. **Alain de Benoist** führt in seiner „Kulturrevolution von rechts" 1985 neben der Kultur noch das gemeinsame Schicksal an: „Eine menschliche Rasse ist nicht nur eine zoologische Einheit. Sie ist im allgemeinen auch der Träger der Geschichte, einer Kultur, eines Schicksals"(ebd. S. 55).

Die Grenzen verwischend und getreu ihrer Präambel müßten die Rabinnen und Raben Schumacher ausschließen und in Klausur gehen.

Calvin Watterson

Die Artamanen und ein brauner Sumpf in Nordhessen

Viele haben schon einmal etwas von „den Artamanen" gehört, aber wer weiß darüber tatsächlich genaueres? Von einem Aufruf inspiriert, den Willibald Hentschel im November 1923 in der Zeitschrift „Deutsche Bauernhochschule" veröffentlichte, verfaßten im Januar 1924 Bruno Tanzmann, Wilhelm Kotzde (Bundesvater des Jugendbundes „Adler und Falken" und der Gutspächter Georg Oberndorfer das Flugblatt „An die gesamte völkische Jugendbewegung". Dieser Aufruf stieß in diesen Kreisen auf größere Resonanz, am 10.4.1924 wurden die ersten Artamanengruppen gebildet.



Ex-Reichsminister Walter Darre' (links)

Ziel dieser Gruppen war zunächst die Verdrängung polnischer SaisonarbeiterInnen von den mittel- und ostdeutschen Gutshöfen, doch primär verfolgten die Artamanen wesentlich weitergehende Ziele: Zuerst sollte durch gezieltes Ansiedeln in den Grenzregionen zu Polen ein „Grenzlandbauerntum" geschaffen werden. Im nächsten Schritt sollten diese Ansiedlungen auch auf die östlich anschließenden polnischen Provinzen expandieren, mit dem mittelfristigen Ziel einer territorialen Vergrößerung Deutschlands. Nach innen waren die Artamanengruppen nach dem Führerprinzip aufgebaut und betrachteten sich als Avantgarde einer in dieser Zeit oft propagierten „Volksgemeinschaft". Weiterhin strebten sie eine angeblich der „germanischen Art" entsprechende kleinbäuerliche Agrarwirtschaft an, die möglichst nachhaltig und ökologisch wirtschaften und sich in germanisch-heidnischen Religionskulten ergehen sollte. Die Artamanen waren also eine extrem völkische, expansionistische und autoritäre Landsiedlungsbewegung, der im Laufe der Jahre insgesamt 25 - 30 000 Mitglieder angehörten. „Artamane" soll vom Wortstamm her aus dem Sanskrit stammen und wurde in diesen Kreisen nicht nur als „Hüter der Scholle" gedeutet, sondern auch als „deutscher Streiter gegen Osten". Im Jahr 1926 wurde der „Bund Artam e.V." gegründet, um die Zugehörigkeit zu den bündischen Jugendgruppen nochmals zu unterstreichen.

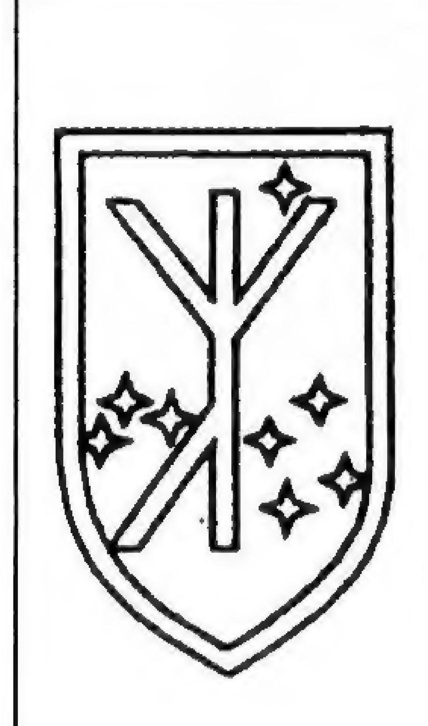
Bereits 1927 waren 80% der Artamanen zugleich Mitglied der NSDAP. Trotz dieses Umstandes kam es Ende 1929 zur Spaltung: Die Bundesführung wollte die Artamanen in die NSDAP eingliedern, woraufhin sie abgesetzt wurde. Dieser Vorgang wird heute von SympatisantInnen der Artamanen wie in vielen vergleichbaren Fällen gerne benutzt, um die Tatsache zu verschleiern, daß die Artamanen eine faschistische Organisation waren, wenn auch nicht auf der Parteilinie der NSDAP. Der „Bund Artam" ging 1931 in Konkurs, seine Gaue schlossen sich bis 1933 wieder mit den 1929 abgespaltenen „Artamanen - Bündische Gemeinden für Landarbeit und Siedlung" zusammen, seit Oktober 1933 hieß die Bewegung wieder „Bund Artam e.V." Einen eigenen Weg ging der 1931 in Mecklenburg gegründete „Bund der Artamanen", er nahm bis 1933 nur NationalsozialistInnen auf und wurde 1934 in den „Landdienst der Hitlerjugend" überführt. Im Dezember 1935 wurde der „Bund Artam" endgültig mit der NSDAP gleichgeschaltet: Der von „Reichsbauernführer" **Walter Darré** geführte „Reichsnährstand" drohte mit einem Verbot, worauf sich der „Bund Artam" auflöste. Seine Mitglieder gingen anschließend ebenfalls in den „Landdienst der HJ", den „Reichsarbeitsdienst" oder wechselten in andere Berufe.

Hühnerzüchter **Heinrich Himmler**, Mitglied der Artamanen, wurde 1929 zum „Reichsführer SS", auch die schwarze Uniform der SS stammt vom „Artamanenschwarz" ab. Neben Himmler gehörte auch der spätere Lagerkommandant von Auschwitz, **Rudolf Höß**, dem „Bund Artam" an. Nach der Machtübergabe an die Nazis wurde das aggressive Siedlungskonzept der Artamanen zum staatlichen Ziel: Der „Generalplan Ost" sah vor, die von der faschistischen Wehrmacht eroberten und von ihr, der SS und der GeStaPo entvölkerten Gebiete in Polen, Weißrußland, der Ukraine etc. im großen Stil landschaftsplanerisch umzugestalten in eine kleinbäuerlich bewirtschaftete Heckenlandschaft. (Heute würde das „biotopvernetzt" heißen; diese Pläne hatten die Nazis unter „Reichsbauernführer" Darré übrigens direkt der „biologisch-dynamischen Wirtschaftsweise" entlehnt, also dem Demeter-Anbau, der von Nazis wie Darré und **Rudolf Heß** massiv unterstützt und protegiert, nach Heß Abgang aber von der GeStaPo verfolgt wurde.) In diesen „arisierten" Landstrichen sollten nach den Plänen der Nazis sogenannte „Wehrbauern" in „Wehrdörfern" angesiedelt werden. Sie sollten eine Art „lebendes Bollwerk gegen den bolschewistischen Feind" bilden und gleichzeitig das „Reichsgebiet" mit gesunden, ökologisch erzeugten Lebensmitteln versorgen.

1965 haben sich die alten und einige junge Artamanen wieder im „Freundeskreis der Artamanen" organisiert. Sie geben seither die Vierteljahreszeitschrift „Artam - Blätter eines Freundeskreises" heraus, Erscheinungsort ist Witzenhausen im Nordhessischen. Dies ist kein Zufall, denn das kleine, idyllische Städtchen an der Werra ist bereits seit 1898 Standort einer landwirtschaftlichen Fach- bzw. Hochschule. Bis 1945 hieß sie „Deutsche Kolonialschule", weil dort zunächst ausschließlich diejenigen Landwirte ausgebildet wurden, die nach ihrer Ausbildung in den Kolonien Plantagen und Farmen leiteten. Nach der Niederlage von 1918 gab es keine deutschen Kolonien mehr und die Ausbildung wurde für die Arbeit in hiesigen Gefilden erweitert. Gründer der Kolonialschule war Prof. **E.A. Fabarius**, der in der Kolonie „Deutsch-Südwestafrika", also in Namibia aufwuchs. Er vertrat eine zutiefst nationalistische und kolonialistische Ideologie, die den gesamten Geist der Schule prägte. Sie war traditionell immer ein „Hort der Reaktion", wie sie in einer zeitgenössischen Beurteilung bewertet wurde. Die Dozentenschaft und die Schüler waren erst zu 200% auf das Kaiserreich eingeschworen, später lehnten sie die parlamentarische Weimarer Demokratie zutiefst mit Wort und Tat ab, geißelten die „Schande von Versailles" und forderten unaufhörlich die Neueroberung von deutschen Kolonien. Am 21. März 1933 stellte die Schülerschaft (natürlich mit Unterstützung der Dozenten) ihren eigenen SA-Sturm auf. Die Führer der städtischen SA, die schon viel früher von Kolonialschülern gegründet wurde, kamen alle aus der Studentenschaft. In die regionale Geschichtsschreibung eingegangen ist das Pogrom vom 5.8.1931: SA, Stahlhelm und nichtorganisierte Schlachtenbummler der Kolonialschule überfielen den jüdischen Wanderverein in Wendershausen. Einige der beteiligten Kolonialschüler wurden zwar tags darauf von der Polizei auf dem Gelände der Schule verhaftet und in Kassel verhört, aber beim nachfolgenden Prozeß, bei dem sie vom späteren „Volksgerichtshof"-Vorsitzenden **Roland Freisler** verteidigt wurden, kamen sie sehr glimpflich davon. Nachdem der NSDAP die staatliche Macht übertragen worden war, brüstete sich der „Studentenführer" der sich begeistert nach dem Führerprinzip selbst umorganisierenden Studentenschaft damit, daß die Kolonialschüler die Speerspitze der Bewegung in der ganzen Region gewesen waren. Gemeint waren die unzähligen SA-Überfälle, die sie verübten. Einer der Höhepunkte des faschistischen Terrors war das Niederbrennen der Witzenhäuser Synagoge und zwar bereits einen Tag vor der Reichspogromnacht. Der Historiker Herbert Reyer bezeichnete die Deutsche Kolonialschule folgerichtig als „Keimzelle des Nationalsozialismus".

Witzenhäuser Nazis hatten beste Verbin-

dungen zur Parteispitze: Der ehemalige Kolonialschüler Richard Walther Darré (s.o.) und Autor von „Das Bauerntum als Lebensquell der nordischen Rasse" und „Neuadel aus Blut und Boden" wurde bereits 1931 Leiter des SS-"Rassen- und Siedlungshauptamtes" und 1933 als „Reichsminister, Reichsbauernführer, Reichsleiter der NSDAP" eingesetzt. In dieser Position machte er sich umgehend daran, das Konzept von „Blut und Boden" umzusetzen.



Die Artam-Rune: sie setzt sich aus der Mensch/Mann-Rune und der Ar/Acker-Rune zusammen. Der Große Wagen und der Nordstern sollen die nordisch-völkische Ausrichtung symbolisieren. Die Artam-Rune versinnbildlicht die Blut- und Boden-Ideologie.

Der „Arier" sollte wieder an „seine Scholle" gebunden werden, anstatt ein „entartetes Leben in der Industriegesellschaft fristen zu müssen". Wie Darré zur Düsseldorfer Industriellenrunde stand, die Hitler massiv finanziell unterstützte, entzieht sich leider meiner Kenntnis... Andere Kolonialschüler und Dozenten wurden unter den Nazis Regierungsrat, Major und NSDAP-Gruppenleiter der Luftwaffe, Gauhauptstellenleiter der Auslandsorganisation der NSDAP, Kolonialreferent der Reichsleitung der NSDAP, Generaloberst des Reichsluftfahrtministeriums, Mitglied des Stabs der SS-Standarte „Deutschland", Leiter der Kolonialabteilung der Reichsführung, stellvertretender Gauleiter der NSDAP (Kurmark, Berlin). Der Direktor der „Deutschen Kolonialschule" Dr. **Curt Winter** wurde von Darré 1937 in den Reichslandwirtschaftsrat eingesetzt. Nach ganzen 16 Wochen Kriegsgefangenschaft wurde Winter zum Abteilungsleiter im ersten Landwirtschaftsministerium der britischen Besatzungszone. 1949 gründete er den „Verband der Alten Herren" neu, dies ist der Verband ehemaliger Kolonialschüler. Diese Beispiele sollen verdeutlichen, welcher Wind durch die Gänge des ehemaligen Klostergemäuers wehte. Die alte Riege gründete Anfang der 50er Jahre die Schule erneut als „Deutsches Institut für tropische und subtropische Landwirtschaft" (DITSL). Die Trägerschaft teilen sich seither das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, das Land Hessen und ein Trägerverein. Langjähriger Vorsitzender und jetziger Ehrenvorsitzende des DITSL ist **Kai-Uwe von Hassel**. Von Hassel war in Adenauers Kabinett (kalter) Kriegsminister und später Ministerpräsident von Schleswig-Holstein. Von Hassel verbreitet noch heute rassistische und neokolonialistische Ideologie: So hielt er z.B. 1984 in Bad Lauterberg vor der Jahreshauptversammlung des „Traditionsverbandes ehemaliger Schutz- und Überseetruppen/Freunde der früheren deutschen Schutzgebiete e.V." folgende Ansprache: „Wir haben nicht das Zeichen für koloniale Unterdrückung gesetzt, sondern für den Anfang einer Entwicklung, die aus einer Vielfalt von Stämmen und Sprachgruppen auf niedrigstem Niveau sich das Ziel setzte, am Ende zu einem geschlossenen, wirtschaftlich erstarkenden, kulturell gesicherten, zivilisatorisch entwickelten, friedensstiftenden Gemeinwesen zu gelangen (...) Wir haben die Afrikaner von den Geißeln ihrer Länder befreit: der Sklaverei, der Seuchen und Krankheiten, der Unwissenheit, der Friedlosigkeit afrikanischer Stämme untereinander(...)."

Von Hassel ist auch politisch organisiert: Er sitzt im Vorstand des neokolonialistischen „Hilfskomitee Freiheit für Namibia" und ist Mitglied der „Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft"(DSAG). In der DSAG betreiben konservative Bundestagsabgeordnete, VertreterInnen aus Hochfinanz und Neue Rechte ihr kolonialistisches Geschäft. Die DSAG ist innig mit dem „Hilfskomitee Südliches Afrika" des Nationalrevolutionärs **Peter Dehoust** verbunden, in Hessen bilden beide Organisationen einen gemeinsamen Regionalverband. Weiter unterzeichnete von Hassel 1976 einen Spendenaufruf einer „Initiative Angola-Solidarität", hinter der der „Hochschulring Tübinger Studenten"(HTS) stand. Der HTS war eine der zentralen Neonaziorganisation der späten 70er und frühen 80er Jahre mit etlichen personellen Überschneidungen zur „Wehrsportgruppe Hoffmann".



Die Kolonialschule, geschmückt anläßlich der 40-Jahre Feier.

Für das südliche Afrika interessieren sich aber auch weitere Personen aus dem Umfeld der ehemaligen Kolonialschule, z.B. der langjährige Leiter des völkerkundlichen Museums in Witzenhausen, **Hanns Bagdahn**. Bevor er 1965 diese Stelle antrat, betrieb er eine Farm in Angola. Heute besucht er öfters seinen Bruder in Pretoria, der dort eine Farm betreibt, beide waren in der 20er Jahren Schüler in Witzenhausen. Das von Bagdahn geleitete Museum wird gerne von Schulklassen besucht, mitunter in der Intention, mit Bagdahn einen waschechten Rassisten live zu erleben. Unlängst verfaßte er in der Regionalzeitung „Merkur" einen Artikel, der an Offenheit nichts zu wünschen übrig ließ, so daß sich etliche DozentInnen vom DITSL und landwirtschaftlicher Hochschule zu Gegendarstellungen genötigt fühlten, um das Gesicht der Ausbildungsstätte zu wahren. Dagegen störte sich bisher niemand an Broschüren des „Hilfskomitee Südliches Afrika", die immer mal wieder an der Hochschule auftauchen. Die Zeitschrift der Schule hieß bis in die 60er Jahre „Der deutsche Kulturpionier". Seither ist sie zweigeteilt: „Der Tropenlandwirt" ist nun die landwirtschaftliche Fachzeitschrift und als Verbandsblatt des „Verbandes der Tropenlandwirte Witzenhausen e.V." VTW dient heute die Schrift „Unter Uns".(Der Vorläufer des VTW, der „Verband Alter Herren der Deutschen Kolonialschule e.V." wurde 1906 gegründet. In der Fassung der Satzung von 1932 heißt es: Aufgabe des Verbandes ist es, deutsche Gesinnung und Treue (...) zu pflegen.")In den 70er Jahren wurde in Witzenhausen auch der landwirtschaftliche Fachbereich der Gesamthochschule Kassel angesiedelt. Die Fachrichtung „Internationale Agrarentwicklung" durfte bei dieser vorbildlichen Tradition natürlich nicht fehlen. Dort werden nach Angaben des VTW rund 70% der Angestellten des „Deutschen Entwicklungsdienstes"(DED) ausgebildet. Auch die quasi regierungsamtliche und stark auf die Förderung der BRD-Exportwirtschaft orientierte Politik der „Gesellschaft für technische Zusammenarbeit" (GTZ) wird hier künftigen EntwicklungshelferInnen beigebracht. Natürlich gibt es in Witzenhausen aber nicht nur rechtsorientierte StudentInnen. Der überwiegende Teil der dort Studierenden kommt wegen des Rufs der Hochschule als „Öko-Landbau-Uni" und ist entsprechend „alternativ" eingestellt. Von anthroposophischen bzw. esoterischen Weltanschauungen bis hin zu libertären ist alles bunt vertreten. Diese Konstellation birgt natürlich ebenfalls viel Konfliktstoff, was aber an dieser Stelle nicht weiter Thema sein soll. Viele Studierende kommen auch aus allen Teilen der Welt, um „internationale Agrarentwicklung" zu studieren. Sie ärgern sich des öfteren mal über den einen oder anderen rassistischen Spruch, der während der Vorlesung von der DozentInnenschaft abgelassen wird. Immer wieder gab und gibt es verbale und schriftliche Reibereien zwischen der traditionalistischen bzw. rassistischen Fraktion an und im Umfeld der Hochschule und solchen Leuten, die dem etwas entgegensetzen wollen. Ein Ärgernis war manchen z.B. eine Fototafel, die zu Beginn des letzten Wintersemesters über die reaktionäre und faschistische Geschichte der Schule aufklären sollte - nach ein paar Tagen war sie spurlos verschwunden.

Dies alles und der Herausgabeort der Zeitschrift des „Freundeskreises der Artamanen" legt nahe, daß es in Witzenhausen eine rege Geschäftigkeit ultrarechter Kreise fernab der (kritischen) Öffentlichkeit gibt. Es stellt sich auch die Frage, inwieweit einer der Ökonomie-Dozenten der Hochschule, Prof. **Niebuer**, der Mitglied des Freundeskreises ist, in diese Vorgänge involviert ist. Vor Ort halten jedenfalls interessierte Leute Augen und Ohren offen und melden sich gegebenenfalls wieder zu Wort.

Der Autor dankt dem Arbeitskreis Anti-Rassismus Witzenhausen für das umfangreiche zur Verfügung gestellte Material.

Jos Anders

Roeders „Canossa-Republik"- „95 Thesen zum Lutherjahr"

Es waren nicht einmal vierzehn Tage ins Land gegangen, als Manfred Roeder nach seinem Farbanschlag auf die Ausstellung „Vernichtungskrieg: Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" am 9. Juni in Erfurt, erneut ins Rampenlicht der Öffentlichkeit trat. Mehrere nordhessische und thüringische Zeitungen publizierten am 22. Juni seine Anzeige mit „95 Thesen zum Lutherjahr". Damit kam Roeder 430.000 mal zu Wort.

So viel mediale Beachtung erlangte er erstmals Anfang der 80er Jahre. Die „Deutschen Aktionsgruppen", Teil der von ihm 1979 als Nachfolgeorganisation der „Freiheitsbewegung Deutsches Reich" (FDR) gegründeten „Europäische Freiheitsbewegung", führte eine Serie von Anschlägen durch, bei denen zwei Menschen getötet wurden. 1980 wurde **Manfred Roeder**, Jahrgang 1929, verhaftet, und zwei Jahre später verurteilte ihn das Stuttgarter Oberlandesgericht zu 13 Jahren Haft. Nach acht Jahren entließ man ihn, seitdem setzt er sich vor allem für den Wiederanschluß des ehemals deutschen Gebietes um Kaliningrad ein.

Angelehnt an den vor 450 Jahren gestorbenen Reformator Martin Luther formulierte der ehemalige Rechtsanwalt aus Schwarzenborn im Hessischen Knüll, „aus Liebe und rechtem Fleiß" seine Thesen zur Frage der „deutschen Schuld", um „die Wahrheit an den Tag zu bringen". In seinen Thesen stellt er unter anderem fest: „Seit 50 Jahren wird das deutsche Volk schuldig gesprochen und immer wieder aufs neue schuldig gesprochen für den Kriegsausbruch und einmalige Verbrechen" (...) „schuldig gesprochen (wird es) von ehemaligen Gegnern, vor allem aber von Politikern und Meinungsmachern im eigenen Land", sowie von der „Evangelischen Kirche Deutschland" (EKD). Doch „wer ein ganzes Volk in einem permanenten Schuldgefühl festhalten will, verstößt gegen die Menschenwürde und gegen göttliches und menschliches Gebot". Ebenso schließt sich jeder selbst von der „Rechts- und Sittenordnung aus", „wer Vertreibung und Massenmord an Deutschen nicht einmal Unrecht nennen will". Desweiteren hebt er hervor: „Wer uns Deutschen Ausländerfeindlichkeit vorwirft, will unser Volk wider besseren Wissen verleumden" und „will im Grunde nur Deutschfeindlichkeit schüren". Sein Resümee: „Jedes Volk ist unmittelbar zu Gott und keinem anderen Rechenschaft schuldig", schließt er mit dem Luther-Aufruf: „Laß dich nicht beirren, mein liebes Volk (...)".

Bevor die allgemeine „Entschuldung" mit Bezug auf die Bibel ca. 1.5 Millionen Leser und Leserinnen erreichte, wie Roeder in seinem Rundbrief „Deutschen Bürgerinitiative" behauptet, verteilte er sie mit einigen Kameraden im Rahmen der Veranstaltungen zum Lutherjahr in Wittenberg. Daß die „95 Thesen" in einer der vielgelesenen Wochendendausgaben - auf der Rückseite der Fernsehvorschau - erscheinen konnte, verdankt Roeder zum einen den Spendern für die 35.000 DM teure Anzeige, für die er u.a. per Rundbrief als auch beim „Bund der Goden" warb, sowie zum anderen der Unachtsamkeit der Verlage. Aufgrund von Verlagspartnerschaften und einem Anzeigenverbund mit der „Hessischen/ Niedersächsischen Allgemeinen" (HNA) erschienen die „95 Thesen" in der „Hersfelder" und „Südthüringer Zeitung" als auch in zwei Ausgaben des ebenfalls in Thüringen erscheinenden „Freien Wortes". Als es Proteste und Leserbriefe hagelte, zog sich die HNA zuerst auf einen formaljuristischen Standpunkt zurück. Nach insgesamt 350 Leserbriefen, von denen 15 % die Verlagsposition teilten, und rund 70 Abokündigungen, sowie Protesten innerhalb der Redaktion, fand jedoch ein Positionswechsel der HNA statt. Unter der Überschrift „Die HNA zieht Lehren", stellte der Verlag auf einer Sonderseite am 26.6. fest, „daß dieses Thema so sensibel ist, daß es auch nicht Gegenstand einer Anzeige sein darf" und es folgte die Zusage, „Anzeigen dieser Art" nicht mehr zu veröffentlichen.

Roeder, der sich selbst als „Hitlers Nachlaßverwalter" sieht, wird dies nicht stören und juristische Konsequenzen braucht er nicht zu befürchten. Am 9. Juli teilte die Ermittlungsbehörde der Staatsanwaltschaft mit, daß die Anzeige nicht den Straftatbestand der Volksverhetzung erfülle. ◩

Max Hoelz

Verurteilter Nazi-Terrorist Roeder verübt Farb-Anschlag

Am 9. Juni verübten die Rechtsextremisten Manfred Roeder und Hans Peter Siemes einen Farbanschlag auf die Ausstellung „Vernichtungskrieg: Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" des „Hamburger Instituts für Sozialforschung" in Erfurt. Dabei wurden im Haus der Gewerkschaften auf einer Länge von 50m die Tafeln mit den Worten „Hetze und Lüge" besprüht.

Den Aufforderungen des Ausstellungspersonals, dies sofort einzustellen, wurde auf den Hinweis, doch die Polizei zu holen, entgegnet, dies genau wolle man. Bei der Festnahme durch die Polizei wehrte sich der 65jährige **Hans Peter Siemes**, verletzte dabei eine Beamtin leicht und wurde in Handschellen abgeführt.

Manfred Roeder, drei weitere Männer und eine Frau kamen laut eigener Aussage von einer Reise aus Ostpreußen zurück. Nachdem die Männer gemeinsam den Saal betreten hatten, begann einer von ihnen mit einer Videokamera die Wände zu filmen. Roeder und Siemes begannen sofort, die Ausstellungstafeln zu besprühen. Zwei Männer hielten sich während der Aktion im Hintergrund, um notfalls Roeder und Siemes bei Einschreiten des Ausstellungspersonals zu verteidigen. Von den Veranstaltern herbeigerufene Presse filmte die Verhaftung Roeders und eine erste Stellungnahme der Veranstalter. Nach seiner Freilassung mehrere Stunden später versuchte Roeder, der „Thüringer Allgemeinen" eine Stellungnahme zu übergeben, wurde aber des Hauses verwiesen.

Bereits im Vorfeld der Ausstellung hatte ein Rechtsextremist mit dem Pseudonym **Hanns Ludin** aus Montabaur im Leserforum der „Jungen Freiheit" zu Aktionen gegen die Ausstellung aufgerufen. In dem Leserbrief hieß es: „ ... Ein neuer offensiver Stil muß her: gewaltloses Volkswandern zu solchen Ausstellungen, friedfertig in die heiligen Bewältigungshallen, dort den dicken freien Meinungsäußerungsfilzstift zur Hand genommen und der


Manfred Roeder

Welt gezeigt, daß es unter Dichtern und Denkern auch Maltalente hat! ..."

Während der Ausstellung und im Begleitprogramm waren mehrfach Nazis aufgetreten, die verbal und schriftlich damit gedroht hatten, diese zu vernichten. Der Tag des An-

schlags war der letzte Ausstellungstag in Erfurt bevor sie weiter nach Regensburg ging, wo die NPD nach dem Bekanntwerden der Aktion von Roeder eine Demonstration gegen die Ausstellung angemeldet hatte.

Das Beschädigen von Ausstellungen gehört offenbar zu einer beliebten Aktionsform Roeders, um in die Öffentlichkeit zu kommen. Im November 1973 randalierte er in Mannheim in einer Ausstellung über das KZ Auschwitz, im darauffolgenden Jahr übersprühte Roeder in Westberlin dieselbe mit roter Farbe. Mit dabei waren **Thies Christophersen** und Vater und Sohn **Müller** ans Mainz.

In dem aus dem „Haus Richberg" in Schwarzenborn von Roeder verschickten Rundbrief der „Deutsche Bürgerinitiative" Nr.4/96 schreibt er: „Die Ehre der Deutschen Wehrmacht wurde wiederhergestellt!" Es sei eine Schande, daß die Ausstellung monatelang ohne sichtbaren Protest durch die Lande ziehen konnte, und listet die „hinter der Ausstellung stehenden" auf. „Thüringens SPD-Wirtschaftsminister Gerd Schuchardt, DGB-Landesboß Frank Spieth, den ev. Bischof Christoph Demke und den Zigarettenmillionär Jan Philip Reemtsma".

Am 27.8. beginnt der Prozeß gegen die beiden Nazis vor dem Erfurter Amtsgericht wegen gemeinschädlicher Sachbeschädigung. Mit dem Erscheinen von Hans Peter Siemes ist nicht zu rechnen, er ließ ein ärztliches Attest vorlegen, das ihm Prozeßuntauglichkeit bescheinigt.

Andreas Speit

Junge Freiheit versus Verfassungsschutz

Mit juristischen Mitteln möchte sich die „Junge Freiheit" der Observierung durch den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz entziehen. Vor dem Düsseldorfer Verwaltungsgericht reichte ihr Prozeßbevollmächtigter Manfred Brunner am 15. August eine Klage gegen die Einstufung als „rechtsextremistisch" durch das Innenministerium ein.

Chefredakteur **Dieter Stein** stellte im Leitartikel der „Jungen Freiheit" (JF) vom 16. August dar, daß für sie im Juni das Maß voll gewesen sei, als der sozialdemokratische Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Franz Josef Kniola, die „Vorwürfe" seines Amtsvorgängers Wolfgang Schnoor im aktuellen Verfassungsschutzbericht wiederholte. Die „Junge Freiheit Verlag GmbH & Co." strebt an, gerichtlich durchzusetzen, daß das Landesinnenministerium die Verfassungsschutzberichte von 1994 und 1995 nicht mehr verbreiten darf, wenn nicht zuvor die Passagen über die JF entfernt oder unkenntlich gemacht worden sind.

Ihr juristischer Beistand, der Vorsitzende des „Bund freier Bürger" **Manfred Brunner**, früherer Kabinettschef einer Kommission der Europäischen Gemeinschaft und Ex-FDP-Repräsentant, möchte mit seiner mehr als 60 Seiten umfassenden Klageschrift nachweisen, daß es nicht zulässig sei, die JF als rechtsextremistisch zu bezeichnen und sie in der entsprechenden Rubrik im Verfassungsschutzbericht einzuordnen. In der Einstufung sieht Brunner den Versuch, die Periodika aus dem öffentlichen Diskurs auszuschließen und die Erwähnung im Verfassungsschutzbericht bezeichnete er als einen Eingriff in die Pressefreiheit und das Persönlichkeitsrecht. Insbesondere das Recht auf informelle Selbstbestimmung sowie das Recht auf Gleichbehandlung sieht er beschnitten. Unter anderem dadurch, daß JF-Journalisten gesellschaftliche und berufliche Nachteile durch die Erwähnung erwachsen würden. In der Anklageschrift, welche die JF als Buch „Der Prozeß" für 30.- DM anbietet, versucht ihr Rechtsanwalt und Autor vor allem aber den Beweis zu führen, daß „nicht einmal der Verdacht auf rechtsextremistische, also verfassungsfeindliche Zielsetzungen" gerechtfertigt sei, da die „nationalen Elemente" der JF im Einklang mit dem Grundgesetz stünden. Brunner unterstellt Kniola, in der Schrift den Verfassungsschutz zu instrumentalisieren und seine Amtsgewalt zur Diskriminierung eines politischen Gegners zu mißbrauchen, der ihm nicht „politisch korrekt" erscheint, der aber nur „unkonventionell vom Mainstream abweiche".

Bei der Vorlage des Verfassungsschutzberichtes legitimierte Kniola die Maßnahmen gegenüber der Presse damit, daß in der JF Meinungen zu lesen seien, die „mit der Verfassungsordnung nicht übereinstimmen". „Besonders widerwärtig" wertet der Innenminister die offen antisemitischen Elemente in der Berichterstattung und betonte, daß das Sprachrohr einer antidemokratischen, elitären und teilweise rassistischen Strömung beobachtet werden müsse.



Dieter Stein

Kniolas Erkenntnisse stehen jedoch in Verfassungsschutzkreisen allein auf weiter Flur. Weder das Bundesinnenministerium, noch die Innenministerien anderer Länder haben entsprechende Einschätzungen vorgenommen. Den Fakt zieht die JF in ihrer Argumentation heran, um Kniola vorzuwerfen, den Verfassungsschutzbericht in ein „Instrument der 'political correctness'" umzuformen. „Wer staatliche Mittel mißbraucht, um den politischen Gegner zu verunglimpfen, verletzt das demokratische Prinzip", verlautet Stein im Leitartikel. „Mit großer Gelassenheit" reagierte bisher das Innenministerium auf das Verwaltungsstreitverfahren. Inwieweit die Düsseldorfer Verwaltungsrichter den selbsternannten „Demokraten" der JF zustimmen werden, wird das Verfahren zeigen. Die Terminierung steht noch aus.

Bund Nationaler Kameraden

Im aktuellen Verfassungsschutzbericht des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen fehlt der neonazistische „Bund Nationaler Kameraden" (BNK). Seit 1995 macht der braune „Bund" mit Sitz in Köln auf sich aufmerksam. Zu den Köpfen des BNK gehören der 27jährige **Ulrich Klöries**, er kommt von der 1995 verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" und kandidierte 1994 auf der Kölner Kommunalwahlliste der „Deutschen Liga für Volk und Heimat", sowie **Rainer Gallianer**. Dessen Karriere begann beim „Deutschen Freizeitclub" in Köln. Es schloß sich ein Engagement bei der neonazistischen Kleinstorganisation „Der Deutsche Weg" (D.W.), dem 1991 gegründeten regionalen Ableger der Ende 1992 verbotenen „Deutschen Alternative" in Nordrhein-Westfalen, an. Gallianer folgte dann zusammen mit **Michael Betz** dem 24jährigen **Michael Petri**, ehemaliger DA-Landesvorsitzender von Rheinland-Pfalz, zu den 1993 initiierten „Deutschen Nationalisten" (DN). Gallianer wurde Protokollführer im Landesvorstand Nordrhein-Westfalen, Betz DN-Landesschatzmeister.

„Der Bund Nationaler Kameraden", so das im November 1995 beschlossene und veröffentlichte Programm, „versteht sich nicht als Blockflöte, sondern als eine zukunftsorientierte, oppositionelle Alternative, die sich nicht nur an Ost-, Mittel- und Westdeutsche, sondern an das gesamtdeutsche Volk wendet. Ziel (...) ist es, eine politische und revolutionäre Organisation ins Leben zu rufen, die einen Gegenpol zur hiesigen Meinungsmache-Industrie darstellt." Neben dem sechsseitigen Programm verbreitet der BNK diverse Flugblätter und Aufkleber („Wir fordern: Verbot aller kommunistischer Organisationen!", „Schein-Asylanten raus!", „Gegen Staat und Kapital unser Kampf ist national!", „Wehret den Anfängen! Multi-Kulti? Nein Danke! Stoppt den Wahnsinn!"). Der „Bund Nationaler Kameraden" („Mit uns gegen Überfremdung, Rotfrontterror, System und Kapital!") wirbt in Szeneblättern wie der „Freien Stimme" und „Widerstand" für sich und seine Ziele. Zu einem Schwerpunkt der Agitation des BNK zählt die Anti-Antifa-Tätigkeit. „Um den sogenannten Antifaschisten wirkungsvoll das Handwerk zu legen, brauchen wir Informationen über deren Aktivitäten und Treffpunkte sowie Zeitungen und sonstige 'Schriften'." Die als verantwortlich im Sinne des Presserechts benannte Person bei den BNK-Flugblättern erweist sich als Phantom.

Jörg Hemmers

Neue Welle faschistischer Gewalt und Organisierung in Weser-Ems

Nach dem Verbot des „Deutschen Kameradschaftsbundes" (1992) und der „Nationalistischen Front" (1992) schien der militante Flügel der Neo-Faschisten in Weser-Ems zunächst ruhiggestellt zu sein. Eine Weile wurden „Konzertveranstaltungen" für den weiteren Zusammenhalt genutzt. In der Region Weser-Ems haben sich offensichtlich auch staatliche Stellen um Kontinuität bei der Organisierung von Neo-Faschisten gekümmert, die seit April wieder verstärkt öffentlich auftreten.

Der Fall des 23jährigen **Michael Wobbe**, der aus dem niedersächsischen Quakenbrück stammt, zeigt die Optionen staatlicher Repräsentanten. Wobbe wurde seit 1992 als V-Mann vom Verfassungsschutz bei der „Nationalistischen Front" (NF) plaziert und will, nach eigenen Angaben, Jugendliche aus dem Raum Weser-Ems zu Straftaten angestiftet haben, die zu deren Verhaftung führte. In dem von Wobbe angegebenen Zeitraum hat z.B. der Überfall auf das Jugendzentrum Schlachthof in Aurich stattgefunden, bei dem die Polizei eine bis heute zwielichtige Rolle gespielt hat. Im Frühjahr tauchte auch der frühere Mitarbeiter des „Militärischen Abschirmdienstes" (MAD), **Wolfgang Juchem**, in Oldenburg auf. Sollte bei all dem der VS seine Finger mit im Spiel gehabt haben?

Seine Karriere begann Wobbe in dem ländlich-strukturierten Südoldenburg in einer rechten Skinhead-Gruppe, die sich bei „Rock-O-Rama"(Schallplattenlabel) mit faschistoidem Material versorgte. In der Region hat es schon in den siebziger Jahren aktive NSDAP/AO-Strukturen gegeben, in Badbergen haben Wehrsportübungen stattgefunden. Wobbe und seine FreundInnen suchten den Anschluß an die inzwischen verbotene „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP) des **Friedhelm Busse**, die im Emsland über einen aktiven Stützpunkt verfügte. Sie schrieben Flugblätter ab. 1991 nahm sich das Gruppenmitglied Karen in den Sommerferien das Leben, weil sich die Eltern gegen das neo-faschistische Engagement ihrer Tochter stemmten. Wobbe will sich nach einem Gespräch mit einem „Uwe Helmbrecht" in einem noblen Chinarestaurant für den VS verdingt haben. [Vgl. zu Wobbe: „Der Verfassungsschutz hat mich angestachelt", Gespräch zwischen Michael Wobbe und Annette Rogalla und Burkhard Schröder in: taz vom 13.05.1996, S. 3] Der VS spricht von einer vertraglichen Vereinbarung zwischen April 1992 und September 1993. AntifaschistInnen wissen von Wobbes Mitgliedschaft bei der NF seit November 1992, wo er auch an dem Faschisten-Aufmarsch in Halbe teilgenommen hat. Zur Zeit soll Wobbe laut taz in einer Detektei arbeiten und auf eine finanzielle Absicherung seiner Existenz durch den VS warten. Einer von Wobbes Vorgängern, **Werner Gottwald**, lebt heute in angenehmen Verhältnissen in Oldenburg. Gottwald baute in den 70er Jahren die NSDAP/AO-Strukturen im Auftrag des Verfassungsschutzes mit auf. Mit Wissen seines Vorgesetzten beim niedersächsischen Verfassungsschutz Hans-Rüdiger Hesse bot er in Briefen dem Faschisten Lauck seine tätige Mithilfe an.

Führer's Geburtstag in Oldenburg

In diesem Jahr trafen sich Neo-Faschisten in verschiedenen Orten der Bundesrepublik, um den 107. Geburtstag ihres Vorbildes Hitler zu feiern. In Oldenburg kamen etwa 30 Neo-Faschisten zusammen, die sich vom Hauptbahnhof als Schleusungspunkt zu einem Badesee bewegten. Zaungast bei der Party war in Oldenburg auch die politische Polizei. Die Antifa war über die Anzahl der vornehmlich jungen Neo-Faschisten überrascht.

Öffentlich geduldeter Treffpunkt von Neo-Faschisten

Ein Jahr lang duldeten die Behörden im ostfriesischen Hinrichsfehn einen Treffpunkt von Neo-Faschisten auf dem Dorfgemeinschaftshaus. Als sich am 18. Mai die „Antifa-Aktion Weser-Ems" mit ihrer Demonstration ankündigte, ließen die Dorfväter den Treffpunkt über Nacht abreißen. Der Maibaum mit den obligatorischen Keltenkreuzen blieb unbehelligt und mußte von AnitifaschistInnen unter den Augen von Bereitschaftspolizei und Zivilstreifenkommandos entsorgt werden. Als Grund für ihre Nacht- und Nebel-Aktion gaben die Behörden aus Wiesmoor an, daß die Bretterbude gegen baurechtliche Vorschriften verstoße und durch den darin befindlichen Ofen Feuergefahr drohe. Wohlgemerkt nach einem Jahr stillschweigender Duldung. Von den Gefährdungen anderer Menschen, die von den neo-faschistisch orientierten Jugendlichen ausgeht, mochten weder die kommunalen Behörden noch die Polizei sprechen. Der Terror richtete sich gegen einzelne AntifaschistInnen, junge Skater, ausländische Jugendliche und Gäste eines Schützenfestes. Nach der Antifa-Aktion verstärkten die Neo-Faschisten ihren Terror gegen einen Antifaschisten und dessen Familie. Vorläufiger Höhepunkt ihrer Aktivitäten ist ein Überfall auf ein Zeltlager von jüngeren Fußballspielern aus Goch vom Niederrhein, die Anfang Juli zu einem Freundschaftstreffen beim VFL Germania Wiesmoor eingeladen waren. Während solche Vorfälle in den neuen Bundesländern immer ein bundesweites Pressecho haben, wird über die Gewalttaten der westdeutschen Neo-Nazis geschwiegen. In Ostfriesland zerschnitten die Neo-Faschisten Zelte und verprügelten Jugendliche. Mit von der Partie soll **Jörn Galts** gewesen sein, der in derselben Nacht noch von der Polizei festgenommen worden sei, wie Nachbarn berichteten. Zu Galts Truppe gehören noch **Friedhelm Hinrichs** (Voßbarg) und **Cord Pleis** (Leer). Zum Teil kennen sich die Jugendlichen schon von gemeinsamen Auftritten bei Veranstaltungen des inzwischen verbotenen Deutschen Kameradschaftsbundes (DKB).

Erneut: Todesdrohungen aus Oldenburg

Ende Juni erhielten verschiedene Personen aus Nordwestdeutschland Kenntnis über eine „Hinrichtungsliste". Auf dieser Liste stehen die Namen von 13 Personen. Darunter befinden sich 5 Personen, die entweder Mitglied der PDS oder von Wahlbündnissen der PDS sind, eine Wissenschaftlerin der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg, ein spanischer Autor, ein Schauspieler, ein Verleger aus Bremen und der Oberbürgermeister der Stadt Oldenburg. Um die Ernsthaftigkeit der Morddrohung zu unterstreichen, werden an der Spitze der Liste drei Personen genannt, die 1995 starben. Alexander Langer [in der Liste fälschlich „Lange"], Mitglied der italienischen „Grünen" verübte Selbstmord, das Ehepaar Ingrid und Hartmut Gaul aus Südoldenburg soll ebenfalls Selbstmord verübt haben, wobei anfänglich ein Anschlag mit „rechtsextremistischem" Hintergrund nicht ausgeschlossen wurde. Ihr Tod bleibt weiterhin ungeklärt.



Maibaum bei Wiesmoor mit Keltenkreuzen

Solche Listen sind nichts Neues in der Region Weser-Ems. Im August 1995 erhielt die Bürgermeisterin aus Meppen eine Karte, die mit „R. Mordet" unterzeichnet war. Die Oldenburger PDS/Linke Liste-Mitglieder Reinhold Kühnrich und Henning Adler bekamen Drohungen in ihre Briefkästen. Der Vorsitzende der PDS-Bundestagsfraktion Gregor Gysi erhält regelmäßig solche Drohungen. Ein Pam-

phlet der Gruppe „Weißenseer Arischer Widerstand" schloß im Dezember 1993 mit dem Spruch: „Schlagt sie tot schlagt sie tot schlagt die Kommunisten tot!" Auf der Oldenburger Liste wird seine Ehefrau Andrea Lederer aufgeführt. Ulla Jelpke, Mitglied des Bundestages, trachten die Neo-Faschisten ebenfalls nach dem Leben.

Die Oldenburger „Hinrichtungsliste" ist mit „Deutsche Aktion Volkstreue außerparlamentarische Opposition Unternehmen Karneval 2" unterzeichnet. „Deutsche Aktion" erinnert an die Mordbande von Manfred Roeder, die unter der Bezeichnung „Deutsche Aktionsgruppen" (DA) am 21. Februar 1980 einen Sprengstoffanschlag auf das Landratsamt Esslingen, in dem eine Auschwitz-Ausstellung gezeigt wurde und am 22. August einen Anschlag auf ein Wohnheim verübte, bei dem 2 Vietnamesen ums Leben kamen. Am 28. Juni 1982 wurden für diesen Anschlag und weitere Sprengstoff- und Brandanschläge **Raimund Hörnle, Sibylle Vorderbrügge** lebenslänglich und **Manfred Roeder** sowie **Heinz Colditz** zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.

„Volkstreue Außerparlamentarische Opposition" (VAPO) nannte sich eine im Januar 1985 gegründete Organisationsstruktur der inzwischen verbotenen FAP und „Wiking-Jugend". In Österreich wurde die VAPO von dem im Gefängnis einsitzenden **Gottfried Küssel** angeführt. Im Zusammenhang mit dessen Verurteilung zu zehn Jahren Haft wurden im Dezember 1993 mindestens zehn Briefbomben verschickt, von denen vier explodierten und mehrere Personen zum Teil schwer verletzten.

Bekanntes Muster !

Das Muster solcher Listen ist bekannt. Seit den 70er Jahren veröffentlicht das NPD-Landesvorstandsmitglied Hans-Michael Fiedler aus Göttingen in den „Nachrichten" des „Studentenbunds Schlesien" (SBS) Steckbriefe von AntifaschistInnen. Im Anti-Antifa Pamphlet „Einblick" (1993) wurde zu Gewalttaten gegen Antifaschisten aufgerufen. Von ca. 120 Namen stammten 50% aus Aurich/Ostfriesland. Insbesondere Hans Michael Fiedler ist dafür bekannt, daß er die Tagespresse akribisch nach Informationen über AntifaschistInnen auswertet. Die Oldenburger „Hinrichtungsliste" steht im unmittelbaren Zusammenhang mit der diesjährigen Verleihung des „Carl-von-Ossietzky-Preises" der Stadt Oldenburg. Am 25. Mai erschien ein umfangreicher Artikel in der „Nordwest-Zeitung", in dem auch die Rede des Preisträgers Helmut Donat abgedruckt ist. Donat, ebenfalls auf der Liste, äußerte sich in seiner Rede kritisch über die Rolle des Militärs in der deutschen Geschichte. Seine Äußerungen lösten bei der CDU-Bürgermeisterin Waldtraut Scheibert, sattsam als naive Reaktionärin bekannt, und dem CDU-Vorsitzenden Josef Dierkes heftige Proteste aus. Beide forderten Oberbürgermeister Holzapfel und Oberstadtdirektor Wandscher (beide SPD) auf, sich bei der Bundeswehr für die Rede von Donat zu entschuldigen. Im Anschluß an den Artikel, der ein Foto enthält, auf dem drei Personen abgebildet sind, die in der Hinrichtungsliste auftauchen, folgte eine Diskussion auf der Leserbriefseite der NWZ, an der sich auch Neo-FaschistInnen beteiligten.

Die Polizei reagierte unterschiedlich auf die „Hinrichtungsliste". Generell wurde eine aktuelle Gefährdung der betroffenen Personen ausgeschlossen. In einigen Fällen gab die Polizei auch Tips, wie sich die bedrohten Personen zu verhalten haben. In Ostfriesland stellten sich die Staatsschützer dumm. So wollten sie von einer bedrohten Person wissen, was denn die „VAPO" sei.

TäterInnen aus der NF-Struktur?



Ostfriesische Skinheads vor den Resten ihres Treffpunkts

Hinter der Liste könnte sich ein Gemisch von Jungen Nationaldemokraten und Restkader der verbotenen „Nationalistischen Front" (NF) verbergen, deren „Anführer" **Meinolf Schönborn** für Oldenburg ca. 20 Personen in seiner Datei führte, darunter **Michael Kern** und die frühere Angestellte bei der Bezirksregierung Weser-Ems **Rosel Müller**, deren Leserbrief zu der Ossietzky-Preisverleihung Anfang Juni in der NWZ abgedruckt wurde. Zusammen mit dem inzwischen verstorbenen **Joachim Leuckfeld**, zählt sie als Verbindungsfigur zu dem Faschisten **Otto Ernst Remer**. Beide werden von **Thies Christophersen** als „Holocaust"-Leugner geführt. Im Mai 1993 begleitete Müller **Claudia Brüning**, ehemalige „rechte Hand" des Auschwitz-Leugners Thies Christophersen, zu den „Nordischen-Dichter-Tagen" nach Kollund/Dänemark. Brüning wohnt in unmittelbarer Nachbarschaft zu einem Menschen, der aufgrund einer Publikation ebenfalls auf der „Hinrichtungsliste" genannt wird, die in Oldenburg kaum bekannt ist.

Heß-Marsch in Aurich geplant?

Ein paar Tage vor dem Todestag von Rudolf Heß tauchten in Aurich Plakate auf, auf denen für den 17. August zu einer Demonstration und einem Marsch zum Jugendzentrum „Schlachthof" aufgerufen wurde. Am Samstag-Morgen wurden gezielt Gerüchte in Umlauf gebracht, daß sich in Moordorf (Ostfriesland) Neo-Faschisten zusammenrotten würden. Die von **Thorsten de Vries** aus dem Büro von **Thomas Wulf** abgeschickte Anmeldung einer Demonstration in Wilhelmshaven fand ebenso wenig statt wie die angekündigten Veranstaltungen in Ostfriesland.

Präventiv gegen AntifaschistInnen, blind gegen Neo-Faschisten

Hatte sich 1992 noch die Partei Bündnis 90/Die Grünen aus Ostfriesland engagiert gegen den neo-faschistischen Terror [50% der Adressen im Anti-Antifa-Pamphlet „Einblick" kamen aus Aurich] stark gemacht, scheint sich das Blatt 1996 gewendet zu haben. Die Auricher Kripo verfügt mittlerweile über einen parlamentarischen Arm. Grünen-Ratsmitglied Egbert Spitz beschattet inzwischen AntifaschistInnen. Vor drei Jahren beteiligten sich Spitz und die inzwischen in den Bundestag gewählte Gila Altmann an „Aktionen" gegen die Neo-FaschistInnen in Weser-Ems. Spitz kommen seine Kontakte aus seinen politischen Aktivitäten bei den „Grünen" auch im Dienst zugute; denn er kennt die „Leute". Seine Kollegen klopfen martialische Sprüche, die sich gegen engagierte Antifaschisten wenden, die durch ihre Arbeit gerade dafür gesorgt haben, daß der als Neo-Faschist sattsam bekannte Hartmut Heger aus Wilhelmshaven in Ostfriesland nicht mehr ungehindert Millionen-Geschäfte mit Immobilien machen kann. „Geht doch rein, holt ihn raus und schlagt ihn zusammen. Dann ist Feierabend", sollen Beamte über einen bekannten Antifaschisten aus Ostfriesland in den Äther abgesondert haben. AntifaschistInnen wurden auf die Wache geladen und ED-mäßig behandelt. Außerdem empfahl man ihnen, ihre Finger von den Neo-Faschisten zu lassen, man habe das im Griff und die Antifa würde alles nur komplizieren.

Mit der neuen Welle der Gewalt kündigen sich auch im Raum Weser-Ems schärfere Aktionsformen von Neo-Faschisten an. Niemand sollte sich bei der Gegenwehr allein auf die Hüter des Gesetzes und die Schützer der Verfassung verlassen. Das könnte tödlich enden.

Jörg Hemmers für den Arbeitskreis „Keinen Fußbreit den FaschistInnen", c/o Alhambra, Hermannstraße 83, 26135 Oldenburg

Ansgar Michalke-Auerberg

„Es gibt Prozesse, die Geschichte machen. Dieser gehört mit Sicherheit nicht dazu."

Am 22. August verurteilte die Große Strafkammer 27 des Hamburger Landgerichts Gary Lauck wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß und Verbreitung von NS-Propaganda zu vier Jahren Haft. Laucks Anwalt Hans-Otto Sieg kündigte an, gegen das Urteil Revision einzulegen.

Die Hamburger Staatsanwaltschaft forderte am letzten Verhandlungstag fünf Jahre Haft für den in den USA lebenden **Gary Lauck**, der seit 1971 offizieller Führer der NSDAP/AO mit Sitz in Lincoln/Nebraska ist. Für Staatsanwalt Mauruschat steht es außer Zweifel, daß Lauck zwanzig Jahre lang aus den USA Propagandamaterial der NSDAP/AO in die Bundesrepublik verschickte. Rund 2.000 bis 2.500 Exemplare des „NS-Kampfrufes", Armbinden und Hakenkreuzfahnen, sowie ca. 40.000 Aufkleber rassistischen Inhaltes seien alle zwei Monate per Post versendet wurden. Lauck habe, wie Mauruschat darstellte, über den Vertrieb neonazistischen Materials die Organisationsherrschaft in der NSDAP/AO inne. Selbiges erklärte per Fax während des letzten Verhandlungstages der BKA-Beamte Grewe. Er berichtet, daß seit Laucks Verhaftung in Dänemark viele Ausgaben des „NS-Kampfrufes" verspätet und einzelne sogar nur als „Notausgaben" erschienen. In seinem Plädoyer sah der Staatsanwalt als Laucks Motiv einen „tiefsitzenden Antisemitismus", den er durch bewußte Langeweile während den Verhandlungen auch zur Schau stellte. Lauck, Jahrgang 1953, äußerte sich zu den Vorwürfen nicht, weshalb die Staatsanwaltschaft vor allem aus Schriften, für die er verantwortlich zeichnete, vorlesen mußte, als auch Tagebuchaufzeichnungen sowie aus der Korrespondenz mit seinen Kameraden zitierte, um die Indizien darzulegen

Hans-Otto Sieg sah dies alles anders und hatte auf Freispruch plädiert. Die seinem Mandanten zur Last gelegten Straftaten habe er in den USA begangen, und sie seien seinem Mandanten im einzelnen nicht nachzuweisen. Ein deutsches Gericht könne einen Ausländer nicht für etwas aburteilen, was dieser in den USA getan habe. Zu Beginn des Prozesses versuchte Sieg die Einstellung des Verfahrens aufgrund von Formalfehlern im Auslieferungsverfahren zu bewirken. Nachdem die Große Strafkammer dies nicht teilte, versuchte Sieg, Laucks Mitarbeiterin **Opla Soltau** als Alleinverantwortliche des Vertriebes darzustellen.



Roy Godenau (links) und der holländische Faschist Martijn Freling beim Lauck-Prozeß

„Es gibt Prozesse, die Geschichte machen. Dieser gehört mit Sicherheit nicht dazu." schickte der Vorsitzende der Großen Strafkammer Günter Bertram der Urteilsbegründung vorweg. Das Landesgericht sieht es als bewiesen, daß Lauck persönlich für die Versendung des Propagandamaterials verantwortlich sei. Als verantwortlicher Schriftleiter habe er die Inhalte zur Kenntnis genommen. Allerdings sei diese jahrzehntelange Tätigkeit, die unter konspirativen Bedingungen organisiert war, verjährt. So könnte nur die „NS-Kampfrufe" und das Propagandamaterial in der Zeit zwischen April 1994 und seiner Verhaftung im März 1995 berücksichtigt werden. In diesem Zeitraum hatte der bundesdeutsche Zoll allein 307 Exemplare des „NS-Kampfrufes" an 64 Empfänger und 115 Postsendungen mit entsprechendem Inhalt sichergestellt.

Bertram unterstrich in der Urteilsbegründung, daß es zwar nicht zu beweisen sei, daß durch Laucks aufstachelnde „Hetzschriften" mit dem Ziel der Wiedererrichtung eines nationalsozialistischen „Regimes" jemand körperlich zu Schaden gekommen wäre, doch die Gefahr liege auf der Hand. Es dürfe aber nicht ungeachtet bleiben, daß Lauck „mit Worten" und nicht mit „blutigen Taten" gehandelt habe, weshalb die von der Staatsanwalt geforderte Höchststrafe von fünf Jahren zu „rigide" sei. Denn dadurch, so Bertram, wäre der Graben zu „blutigen Taten" der Neonazis eingeebnet worden. Siegs Argumentation sah Bertram als unhaltbar, da der Angeklagte bewußt aus dem Ausland verbotenes Material in die Bundesrepublik geliefert habe. Die eineinhalbjährige Untersuchungshaft in Dänemark und der Bundesrepublik werden angerechnet. Verlor Lauck in der Verhandlung nur zu seiner Person einige Töne, skandierte er nach der Urteilsverkündung: „Der Kampf geht weiter" und schimpfte lautstark.

Die im Vorfeld des Prozesses groß angekündigte Solidarität der NS-Szene blieb während des Prozesses aus. Lediglich am ersten Prozeßtag versuchten ca. 50 Neonazis aus dem NSDAP/AO-Umfeld teilzunehmen. Führungskader der dänischen DNSB waren ebenso dabei wie der Niederländer **Martijn Freling**, dem die Mitautorenschaft der Terrorschrift „Eine Bewegung in Waffen" zur Last gelegt wird. Aus der Bundesrepublik war **Roy Godenau**, Alt-Nazi und Kreistagsabgeordneter der „Republikaner", als auch Mitglieder der „Sauerländischen Aktionsfront", angereist u.a. JN-Kader **Sascha Wagner**.

Während des Prozesses wurde das Vorhandensein einer existierenden NSDAP/AO-Struktur in der Bundesrepublik oder in Europa komplett negiert. Ebenso, daß der von Lauck hergestellte „NS-Kampruf" von fast allen Nazi-Größen der Bundesrepublik als Medium genutzt wurde, daß Terroranleitungen wie „Eine Bewegung in Waffen" im „NS-Kampfruf" erstmalig für eine breite Leserschaft abgedruckt worden ist, wie die vielfältigen Treffen Laucks mit bundesdeutschen Kadern. So diente der medial groß inszenierte Prozeß („Gary Lauck, der gefährlichste Neonazi der Welt") der Legendenbildung von einem „gescheiterten Versuch der Bildung einer NSDAP/AO-Struktur", O-Ton Ernst Uhrlau, Hamburger VS-Chef. Die Möglichkeit der Zerschlagung einer seit zwanzig Jahren existierenden terroristischen Neonazi-Struktur wurde vertan und die vielfältigen Verstrickungen staatlicher Ermittlungsorgane wurde erneut verdeckt. Bertrams Begründung, nicht die Höchststrafe zu verhängen, „um den Graben zu blutigen Taten der Neonazi nicht einzuebnen", ist die juristisch korrekte Blindheit auf dem rechten Auge. Die von Sieg angekündigte Revision wird zeigen, inwieweit die gesetzlichen Grundlagen des Urteils haltbar sind.



In Nr. 37 veröffentlichten wir den Entwurf des Aufrufes „Antifaschistische Offensive", jede Zusammenarbeit mit Faschisten, insbesondere mit Vertretern der sogenannten „Neuen Rechten", zu unterlassen. Erste Antworten erschienen in der Nr. 38 des Rechten Randes. Inzwischen gibt es weitere Reaktionen. Der Hamburger Verfassungsschutz schwärzte uns in seinem jüngst erschienenen Bericht an, u.a., weil wir nicht mit Faschisten reden wollen. Die Erwähnung im VS-Bericht zieht jetzt juristische Schritte unsererseits nach sich.

telegraph

Die „Behörden- und Unternehmerunfreundliche" Zeitschrift „telegraph" (Ostberlin) schrieb in ihrer Mai-Ausgabe: „Ein weiteres Phänomen ist, daß mit dem Verlust der gängigen Feindbilder nun zunehmend Feinde in den vermeintlich eigenen Reihen, bei den Linken gesucht werden. In der sowieso schon immer „pseudo-kommunistisch" angehauchten Antifa wird neben der stets liebevoll gehegten Theorie des „Sozialfaschismus" der „Anti-Anarchismus" gepflegt: der Versuch, Protagonisten antifaschistischer oder undogmatischer Auffassungen in die Nähe des Faschismus zu rücken und sie der Paktiererei mit diesem zu bezichtigen. Hier soll zum einen die Kampagne gegen Silvio Gesell und seine Freiwirtschaftstheorie erwähnt sein, dem man Ökofaschismus, Rassismus, Sexismus, völkisches Denken und was weiß nicht noch alles unterstellte. Gerade diese Kampagne erlebte im letzten Jahr eine jähe Renaissance, die quer Beet von allen Gruppen aufgegriffen und übergreifend betrieben wurde. Eine Neuauflage dieser Hetzkampagne kann man in der Ausgabe der etablierten überregionalen Antifazeitschrift „Der rechte Rand" erhalten. In einem Aufruf, in dem die Autoren appellieren auf keiner Ebene mit Faschisten zu kommunizieren, wird darauf hingewiesen, daß immer wieder linke Leute den Dialog mit Faschisten suchen. Als historischer Beleg wird unter anderem behauptet, daß schon der anarchistische Humanist Erich Mühsam in den 30er Jahren den Dialog mit den Faschisten suchte. Als Beweis werden nach altbewährter Manier aus dem Zusammenhang und dem historischen Kontext gerissene Sätze aus Mühsams Zeitschrift „Fanal" angeführt.

Derartige inquisitatorische Hetze ist nicht nur lächerlich, sondern hat eine böse Kontinuität. Schon im Spanischen Bürgerkrieg wurden die anarchistischen und trotzkistischen Milizen von der kommunistisch beherrschten republikanischen „Volksarmee" unter dem fadenscheinigen Vorwurf der Kollaboration mit den Faschisten entwaffnet und unzählige Milizionäre eingesperrt und abgeschlachtet." [D. Wolf: Quo vadis Antifa?, in: telegraph (1996), Nr. 4, S.20-22]

17° C

Ebenfalls in der Nr. 37 druckten wir einen Artikel von unserem Redakteur Raimund Hethey ab, in dem auf das Interesse der Neo-Faschisten an „Tekkno" aufmerksam gemacht wurde und die kleinbürgerlichen Elemente in der „Jugendbewegung" kritisiert wurden. Verschiedene anonyme Antworten auf den Artikel gehen sehr persönlich mit dem Verfasser ins Gericht. Raimund Hethey hat sich bereit erklärt, öffentlich mit seinen KontrahentInnen über „Tekkno" zu streiten. In der in Hamburg erscheinenden Zeitschrift „17° C. Zeitschrift für den Rest" äußerte sich in der Sommer-Ausgabe ein Anonymus per Fußnote. „Techno ist sowieso ein Thema, bei dem ein Großteil der Restlinken mit offenen Mündern und zugehaltenen Ohren dasteht, immer Omas Slogan „Das ist doch keine Musik" auf den Lippen, ein bischen [!] neidisch ob der Vergnügungsfähigkeit eines alienhaften [!] Publikums und sehnsüchtig an die 80er denkend, als politisierte Subkultur allenfalls aus Punkrock zu bestehen schien. Wo Politiker und Techno sich treffen, z.B. auf diversen Partys in der Roten Flora in Hamburg, kommt es seit ca. 2 Jahren schon mal zu Beschnupperungsszenarien, die von beiden, „Konsumenten" und „Nachdenkern", nicht ohne Probleme aber gelegentlich sehr interessant verlaufen. Solange die Reaktion auf neuere Musikstile lediglich auf die Geschmacksfrage reduziert wird, braucht darüber nicht diskutiert zu werden. Fatal und konservativ wird es aber, wenn bar jeden Wissens über Entstehung, Verlauf und Stand kultureller Stile, Linke sich anmaßen, die Welt über das, was sie noch nicht einmal in Ansätzen begreifen, aufzuklären. Vor ein paar Monaten wollte dies anscheinend Raimund Hethey in der von uns geschätzten Zeitschrift „Der Rechte Rand" unter der Headline „Tanz ins Ungewisse: Neo-Faschisten entdekken Techno" vollbringen. „Darf im Zusammenhang mit Techno über (Neo-) Faschisten gesprochen werden?" fragt er im Stile eines Pfarrer Sommerauers und erklärt anschließend in fünf Absätzen auf dem Niveau einer Krankenkassenbroschüre, was Techno eigentlich ist. Daß er hierbei alles in einen Topf schmeißt, was RTL ihm an „Informationen" über diese Musik liefert, ist noch als amüsant zu verschmerzen. In den Geruch des Kultur-Reaktionären begibt sich aber, wer mit Sätzen wie „Bereits produzierte Musikstücke werden einfach neu zusammengestellt. Fertig! Die Folge sind Beliebigkeit und völlige Geschichtslosigkeit von Musikstücken" sich einer Musik- und Stilszene nähert (mit einem „Argument", das auf eine ganze Reihe anderer ebenfalls zutrifft), von der er nicht die leiseste Ahnung hat. „Nicht nur Geschichtslosigkeit ist ein Markenzeichen von Techno, sondern die Sprachlosigkeit der Techno-Songs..." kommt ein Redakteur der Frankfurter Rundschau als Chronzeuge [!] zum Einsatz. Ebenfalls darf die alte Leiher der drogenkonsumierenden Rave-Kids nicht fehlen (und das aus einer Szene heraus, die mit ziemlicher Sicherheit im Konsum von Alkohol und Hanfprodukten von keiner anderen auch nur ansatzweise eingeholt wird): „Ein Rave ist ein Gesamtereignis, das über mehrere Nächte andauern kann. Wer durchhalten will, muß zu Mitteln greifen, die wachhalten: Ecstasy. (...) Getanzt wird berührungsfrei. Jede/r ist sich selbst am nächsten, in der Masse für sich." Dann haben zu allem Überfluß auch noch Neo-Nazis diese Musik für sich entdeckt. Jesus-Maria. Über die derzeitige Techno-Szene, ihre Attitüden, Inhalte, Ikonen, über Produktionsart, Vermarktung, die verschiedenen Stilrichtungen und deren Eigenverortung (und vieles mehr), ließe sich einiges schreiben und diskutieren. Aber nicht mit Leuten die „Tanzen" nur aus der Gymnastiksitzung bei ihrem Orthopäden kennen und für die das letzte aufregende kulturelle Ereignis entweder eine Brecht-Adaption oder eine Engtanzfete bei Kerzenschein inmitten Ey-Bau-Doch-Noch-Mal-Einen-Gleichgesinnter war." [Anonym, aus 17° C. Zeitschrift für den Rest (1996), Nr. 12, S. 86 u. 87]

Wer sind wir?

Weitere Bausteine zum munteren Puzzlespiel: Zur politischenEinschätzung des Rechten Randes hat es in der jüngsten Zeit einige Aussagen gegeben, die wir unseren LeserInnen nicht vorenthalten wollen:

Der Politologe **Hans-Helmuth Knütter** verortet uns in einem Anti-Antifa-Artikel in der „Jungen Freiheit" (JF Nr. 28/96). Er beklagt, daß der antifaschistische Journalist Maegerle „sich bisher im SED/PDS-nahen *Neuen Deutschland*, im ehemals maoistischen *Rechten Rand* (Hannover), der linksextremen *Jungen Welt* ..., im antideutschen *konkret* - also in verfassungsfeindlichen Organen" betätige.

Ganz anders lauten über das Comlink-Netz verbreitete Standortbestimmungen. P. Kratz schreibt: „Daß in der 'neurechten' Zeitschrift 'MUT' neuerdings massiert auch Sozialdemokraten publizieren - bis zum damaligen stellvertretenden und heutigen unumschränkten Parteivorsitzenden Lafontaine-, das erwähnt 'DRR' zwar. Doch unvollständig, und: Der Ton macht die Musik. (...) Der 'DRR'-Chef Klaus Harbart, Sozialdemokrat aus Hannover, mag wohl den Hannoveraner Sozialdemokraten Oertzen kennen und schätzen. Diese Vorgehensweise des 'Rechten Rand' dient, wie so manches andere aus der Vergangenheit, sicher nicht seiner Glaubwürdigkeit". Worauf ihm die FAU-Leipzig antwortet, Kratz betreibe „eine Niedermache der Antifa-Zeitschrift 'Der Rechte Rand', eine Zeitung, die, nebenbei angemerkt, von den Grünen herausgegeben wird".

Offenbar fällt es schwer, den „Rechten Rand" als strömungsübergreifendes Projekt zu akzeptieren!

Andreas Speit

„Irritationen“ oder „Traditionen“ Statt-Partei und Rechtsextreme

Die Hamburger Statt-Partei hat es zur Zeit mal wieder nicht so leicht. Nicht nur inhaltliche Unklarheiten machen dem „Protest der Mitte“ zu schaffen, sondern auch personelle Querelen. Keine 24 Stunden nachdem die Stattianer Stefan Wartisch, trotz seines Engagements in der rechten Szenerie, das Vertrauen aussprachen, legte der frisch gewählte stellvertretende Vorsitzende des Parteischiedsgerichts sein Amt „wegen Irritationen“ nieder.

Selbige traten bei der Diskussion um seine Person auf der Mitgliederversammlung am 21. August jedoch noch nicht auf. Niemand störte sich daran, daß der 31jährigen Rechtsanwalt Autor der „Jungen Freiheit“ (JF), sowie Mitglied der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußens“ (JLO) ist, wie er selbst darlegte. Parteivize **André Becker** ergriff im Verlaufe der kurzen Debatte mit einer Ehrerklärung für ihn Partei und Landesparteichef **Siefke Kerwien** stellte dar, daß **Stefan Wartisch**'s Aktivitäten nicht den Parteigrundsätzen zuwider liefen und es für ihn „nur wichtig ist, daß er Volljurist ist“. Allerdings sei es ein „optisches Manko“, „das nicht gut aussieht“. Mit der Feststellung, „daß man doch kritische Bemerkungen gegen Ausländerzuzug machen dürfen muß“, meldete sich Wartisch zu Wort und unterstrich: „Manche setzen Toleranzgrenzen eben anders als andere“.

Wo die konservative Wählervereinigung ihre Grenzen nach „rechts“ setzen soll, scheinen sie nicht zu wissen. Kurz nach der Wahl des Jungvertriebenen kündigte Becker gegenüber der Presse überraschend die Überprüfung Wartisch's Mitgliedsschaft an. Vielleicht ahnte er, was sein Parteikollege unerwähnt ließ, und vielleicht erinnerte sich Becker auch an die kurze Geschichte der Statt-Partei, insbesondere an die diversen Affinitäten und Kontakte ins „rechtskonservative“ und sog. „neurechte“ Spektrum, sowie an die Stattpartei-Gründungsversuche aus diesen Kreisen.

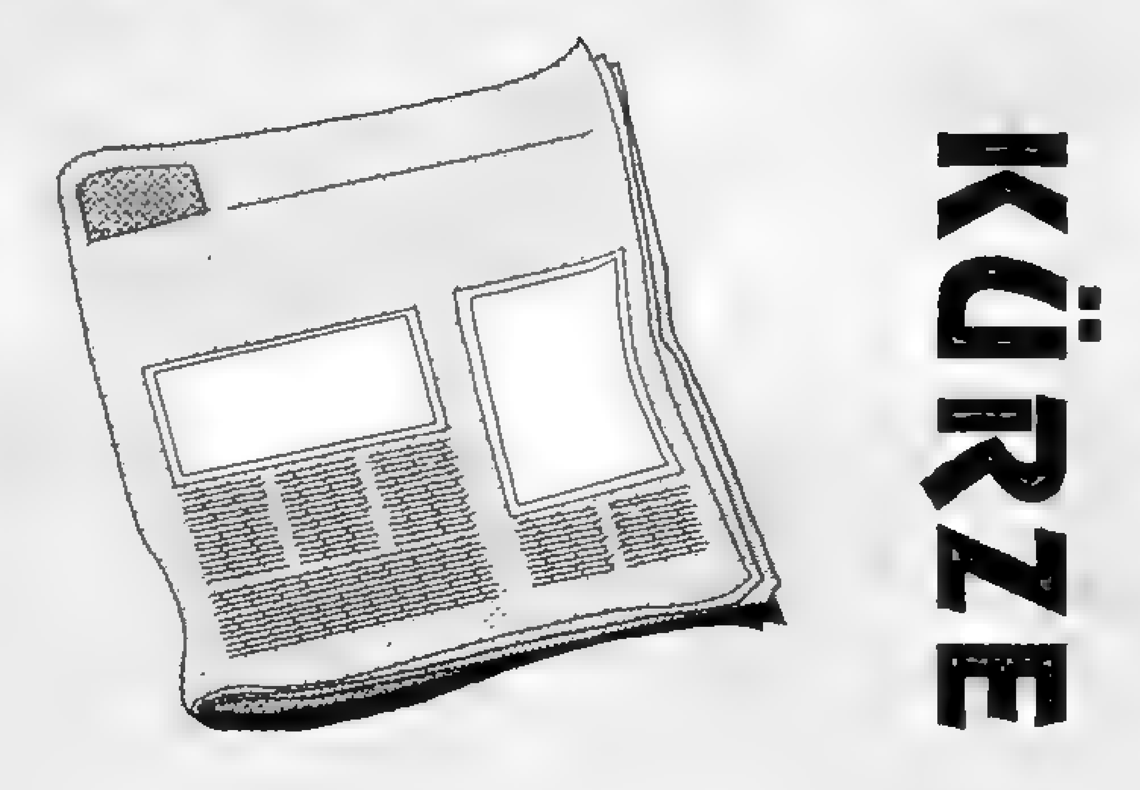
Doch bei der Ankündigung ist es bisher geblieben, und Wartisch offenbarte nicht, wie groß das „optische Manko“ ist. Bereits zu Schulzeiten sorgte er sich in der Hamburger Schülerzeitung „OO“ um Deutschland. Unter der Überschrift „Das ganze Deutschland soll es sein“ stellte er die bundesdeutschen Grenzen in Frage: „Die Gebiete östlich von Oder/Neiße sind deutsches, fremdverwaltetes Gebiet“. Den Reichsgedanken pflegt das ehemalige CDU-Mitglied bis heute. Auf der Gedenkfeier zum 125. Reichsgründungstag 1996, u.a. ausgerichtet von dem rechtslastigen „Bismarckbund - Vereinigung zur Wahrung deutschen Geschichtsbewußtseins“, sollte er eine Festrede halten. Wegen angekündigten Protestes fiel die Feierlichkeit allerdings aus. Mit Gleichgesinnten gründete er bereits 1994 den Hamburger „Junge Freiheit Lesekreis“. Ein Jahr später protestierte er zusammen mit der Redaktion der JF vor dem Spiegel-Haus wegen eines „unfairen Artikels“.

Aufgrund der „Herumliberalisierung“ der JF ging der Lesekreis auf Distanz, und Wartisch rief den „Hamburger Kreis“ (HK) mit ins Leben. Der Hamburger Verfassungsschutz bescheinigte dem HK eine „völkisch-nationalrevolutionäre“ Ideologie sowie eine „zweifellos kompromißlose Frontstellung zum Modell des demokratischen Verfassungsstaates“. Im Haus der „Burschenschaft Germania Hamburg“ organisierte dieser Kreis Veranstaltungen, u.a. mit: **Karl Richter**, Schriftleiter von Nation und Europa, **Hermann Thiele**, häufiger Referent im Nazizentrum Hetendorf, und **Manfred Rouhs**, Mitglied der Deutschen Liga für Volk und Heimat, als auch Herausgeber von Nation und Europa.

Becker gab sich überrascht, als er mit den ganzen Fakten konfrontiert wurde, und hob hervor, daß ihm dies alles nicht bekannt war. Auch nicht, daß die Bundesregierung bei der Mitgliederzeitschrift der JLO „Fritz“ „tatsächliche Anhaltspunkte“ für rechtsextreme Bestrebungen feststellte. „Stimmen die Tatsachen“, so Becker, „so sind sie unverträglich mit der Motivation der Statt-Partei“ und stehen „einer weiteren Mitgliedschaft entgegen“. Ob der Landesvorstand den gleichen Sinneswandel vollzieht, wollte Becker nicht garantieren. Anzeichen hierfür gibt es bisher nicht. Auch in Hannover verwischen die Grenzen. Die dortige Statt-Partei stellt sich mit Hans-**Heinrich Prieß** als Oberbürgermeisterkandidat zur Wahl. 1991 zog Prieß für die ÖDP in den Rat, welche ihn wegen rassistischer Äußerungen ausschloß.

Peter Schütt im Rheinischen Merkur auf Anti-Antifa-Kurs

Unter der Überschrift „Schlagt die Faschos, wo ihr sie trefft!“, legte **Peter Schütt** im Rheinischen Merkur vom 21. Juni diesen Jahres sein persönliches Anti-Antifa-Bekenntnis ab. Bereits der Untertitel „Linksextremismus / Die Terrormethoden der Antifa-Bewegung“, sowie die ersten Zeilen, „Lange bankrott, der Kommunismus, doch die roten Radikalen geben nicht auf. Brutale Gewalt kennzeichnet die selbsternannten Faschistenjäger“ signalisieren, daß der Ex-DKPler und Literat keine eigenen Gedanken auf Papier bringt, sondern getreu der Ideologie des “Anti-Antifaschismus-Experten” **Hans-Helmuth Knütter** formuliert. Faschismus gilt als kommunistischer Kampfbegriff und letzter Versuch der Mobilisierung der Linken. Mehr hat Schütt auch nicht zu sagen, wofür er jedoch zwei ganze Kulturseiten bekam. Der „Junge Freiheit“- und „Mut“-Autor sowie Referent des Studienzentrums Weikersheim fand indes für „die Antifa“ die Wortschöpfungen „Hüter“ und „Blockwarte der politischen Korrektheit“. Neben diesem unterstellte er „der Antifa“ im allgemeinen und dem „Rechten Rand“ im konkreten, daß Namenslisten



von „politischen Gegnern“ angelegt, laufend Namen und Adressen von vermeindlichen alten und „neuen Rechten“ publiziert, und diese per Flugschriften lanciert würden.

Die Retourkutsche gegen den „Rechten Rand“ wegen der Berichterstattung über Schütts Engagements in sog. neurechten Kreisen (Der Rechte Rand, Nr. 36, Sep./Okt. 1995: Das Ende der Odyssee Peter Schütts? v. A. Speit), die von anderen Publikationen nachgedruckt wurde, brachte dem “Rheinischen Merkur” eine Gegendarstellungsforderung vom „Rechten Rand“ sowie von der Hamburger „Hochschul Antifa“ ein. Dieser dichtet Schütt Störungen eines Vortrages von Ignatz Bubis sowie einen Angriff auf die “Burschenschaft Germania” an. Überschrieben mit „Antifaschisten wehren sich“, publizierte der „Rheinische Merkur“ in seiner Ausgabe vom 26. Juni diese als Leserbriefe, woraufhin der „Rechte Rand“ die Gegendarstellungsforderung erneuerte.

Schütt blieb seiner jüngsten Geschichte treu. Themen der sog. „Neuen Rechten“ und Rechtskonservativen inspirieren ihn zum Formulieren und Fabulieren. Ob die Fakten stimmen, scheint nicht so wichtig zu sein. Hauptsache, das Feindbild stimmt.

Serie: Kapital und Neo-Faschismus (2)

Im Heft 40 startete Der Rechte Rand mit der Serie, die auf kapitale Hintergründe des organisierten Neo-Faschismus aufmerksam machen soll. Der erste Erfolg der Öffentlichkeitsarbeit ließ nicht lange auf sich warten. Der sattsam als Neo-Faschist bekannte Hartmut Heger (Wilhelmshaven/Saalfeld) muß unter Umständen auf ein Millionengeschäft verzichten, nachdem die GemeindevertreterInnen der Gemeinde Friedeburg/Ostfriesland durch die jüngsten Veröffentlichungen aufgeschreckt in einem Vertrag über den Kauf einer historischen Mühle von Heger forderten, daß er weder gewerbliche Einrichtungen des Rotlichtmilieus, noch ein Bordell einrichten darf, und daß die in seinem Eigentum stehenden Flächen „nicht für parteipolitische, paramilitärische, extremistische, ausländerfeindliche, rassistische oder das 3. Reich verherrlichende Veranstaltungen genutzt werden dürfen". Zuviel für Heger? Wir berichten weiter.

In dieser Folge geht es um den millionenschweren Bauunternehmer Günther Kissel aus Solingen. Die nordrheinwestfälische Stadt ist auch als ein Ort bekannt, in dem der faschistoide Mob seinen Rassismus austoben durfte. Opfer des Mordanschlags im Mai 1993 wurden Mitglieder der Familie Genc.

Raimund Hethey

Deutschtümelnder Brandstifter und millionenschwerer Biedermann


Günther Kissel

Günther Kissel wurde am 26.12.1916 in Solingen geboren. Mit siebzehn verließ er das Gymnasium ohne Abitur und absolvierte im väterlichen Betrieb eine Maurerlehre. 1941 nahm ihn sein Vater Otto als Teilhaber in die seit 1889 in Solingen existierende Firma auf. In den letzten Jahren des II. Weltkrieges schaffte er noch die Ausbildung zum Bauingenieur. Seine 1982 in den neo-faschistischen „Deutsche(n) Annalen" (Druffel-Verlag) veröffentlichten autobiographischen „Kritische(n) Gedanken eines Bauunternehmers. Rückschau auf ein wechselvolles Leben und persönliches Bekenntnis" sind seine grundsätzlichen Vorstellungen von der Gesellschaft und über Deutschland zu entnehmen. Seine Leitbilder orientieren sich am wilhelminischen Kaiserreich und dem völkisch nationalen Gedankengut aus der Weimarer Republik. Sein Wohlwollen gilt der „Deutschen Wehrmacht" und den deutschen Faschisten, denen er nicht nur die „Alleinschuld" am II. Weltkrieg abspricht, sondern die er dafür ausdrücklich lobt, da die Jugend vor dem Krieg „ein Ziel, (...) Vorbilder und Ideale" hatte. Die heutige „Demokratie" lehnt er ab. Seine Aufgabe sieht er in der Restauration alter Werte: „Bevor die Kriegsgeneration von der Lebensbühne abtritt, bleibt sie aufgerufen, dem Verfall der Sitten, der Zuchtlosigkeit und dem sich immer mehr ausbreitenden Materialismus Einhalt zu gebieten, unserer Jugend Zielvorstellungen zu ermöglichen."

Der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs aus der Sicht Kissels: „Das Jahr 1939 brachte für das Deutsche Reich außenpolitische Verwicklungen. Unser Nachbar Polen griff uns in der Presse sehr massiv an und verfügte die Teilmobilmachung. Nach gescheiterten Verhandlungen mit Polen, die vor allen Dingen von England sabotiert wurden, befahl die damalige Reichsregierung die deutsche Mobilmachung und eröffnete am 1. September 1939 gegen Polen den Krieg. Ich wurde einberufen. Als Feldwebel und späterer Leutnant war ich im Westen als Zugführer einer Pionierkompanie eingesetzt, später als Oberleutnant, Kompanieführer und Kompaniechef im Osten. England und Frankreich verfolgten hartnäkkig das Ziel, aus dem kleinen Konflikt einen Weltkrieg zu machen, und erklärten am 3. September 1939 dem Deutschen Reich den Krieg." [Kissel, S. 124] Das Ende des II. Weltkriegs sieht Kissel wie alle seine faschistischen Macher als Heldenkampf gegen den vertierten Bolschewismus. Jede noch so unsinnige, menschenverachtende Aktion wie das Hinauszögern der Kapitulation, indem Kinder in die Schlacht geschickt wurden oder mutwillig Bauwerke zerstört wurden, geraten auch bei Kissel zur einzigartigen heldenhaften Dienstleistung an „Deutschland". Kissel sprengte eine 500m lange Brücke bei Breslau in die Luft. Den Unsinn seiner Handlung vermag er bis heute nicht zu erkennen. Aufgrund der Wetterverhältnisse konnte die „Rote Armee" mit ihren Panzern über das Eis vorrükken. Sie benötigte die Brücke gar nicht.

Ein Herz für Nazis...

Kissel ist wie viele andere auch dem deutschen Faschismus treu geblieben. Neben seinen zahlreichen Kontakten zu einschlägig bekannten Alt- und Jung-Faschisten fällt Kissel durch publizistische Aktivitäten und seine Spendenfreudigkeit z.B. für den faschistoiden und revanchistischen Witiko-Bund auf. Wann immer er konnte half er in Schwierigkeiten geratenen „Kameraden". Er versteckte den KZ-Mörder **Gottfried Weise** in seiner Firma und finanzierte dessen Verteidigung. Gleichzeitig blieb er als Unternehmer aktiv. 74-jährig ließ er sich 1990 wieder zum Obermeister der Bauinnung in Solingen wählen. Zahlreiche städtische Aufträge garantierten Kissels vier Firmen eine solide Existenz.

Ein kurzer chronologischer, nicht vollständiger Abriß mag die Bedeutung vom Unternehmer Günther Kissel im Organisationsnetz der (Neo-) Faschisten verdeutlichen.

1979 organisierte er auf seinem Firmengelände eine Veranstaltung mit dem britischen Geschichtsfälscher und Nazi-Freund **David Irving**.

1982 verfasste er seine autobiographische Skizze in den „Deutschen Annalen", in denen er sich bereits 1979 zu Wort meldete.

Weihnachten 1984 verschickte Kissel an seine Geschäftsfreunde Gedichte der völkisch-rassistisch orientierten Blut-und-Boden-Dichterin **Renate Schütte**. Kostprobe:

„Volk im Zwielicht einer Schande
die Du nicht begangen hast;
unterdrückt im eignen Lande,
trägst Du schwer an Deiner Last."

Für den von August 1983 bis August 1984 inhaftierten Altnazi **Thies Christophersen** setzte sich Kissel vehement ein. Er schrieb Briefe an den Justizminister des Landes Schleswig-Holstein Henning Schwarz und an den Leiter der Jusizvollzugsanstalt Flensburg, in denen er um die Freilassung Christophersens bat. Zu dem ehemaligen Generalmajor **Otto-Ernst Remer**, Begründer der Sozialistischen Reichspartei und Holocaust-Leugner, hatte er ebenso engen Kontakt, den er gerne weiter vermittelte.

Seit vielen Jahren schreibt Kissel in verschiedenen faschistoiden Blättern wie dem „Anzeiger der Notverwaltung des Deutschen Ostens" (1/1992), in „Recht und Wahrheit" (9/10 1990) oder der Monatszeitschrift „Nation Europa" (9/1990), in einer Beilage zu „Wehr dich!" von **Berthold Dinter**, einem der Mitorganisatoren der Rudolf-Hess-Aufmärsche im bayerischen Wunsiedel, erschien ein „offener Brief des Bürgers Günther Kissel" (Januar 1990).

Für die Hauptversammlung des Vereins „Gedächtnisstätte für die Opfer des Zweiten Weltkrieges durch Bomben, Verschleppung, Vertreibung und in Gefangenenlagern" stellte Kissel am 12. November 1994 Räume seiner Firma Kissel-Rapid in Solingen zur Verfügung. Ebenfalls engagiert sich Kissel für die „Aktionsgemeinschaft Wirtschaft und Politik - Gemeinnützige Forschungs-Gesellschaft zur Förderung politischen Staatsbürger-Engagements e.V." aus Prien am Chiemsee.

Herrenmenschen in Düsseldorf

Von größerer Bedeutung ist seine Mitwirkung an der „Düsseldorfer Herrenrunde", zu deren internen Führungskreis er gehört. Ganz in Tradition des Düsseldorfer Industrieclubs, in den 20er Jahren bereits Förderer der NSDAP und Hitlers, lädt der „moderne" Herrenclub Prominenz aus Wirtschaft und Politik zu regelmäßigen Zusammenkünften. 1989 hofierte der Club öffentlich die „Republikaner" und ihren damaligen Anführer **Franz Schönhuber**, der wie sein großes historisches Vorbild Adolf H. bei den Multimillionären um Geldspenden nachfragen durfte. Millionenbürgschaften für den Wahlkampf wurden Franz Schönhuber zugesteckt. Ebenso sprechen durften der langjährige NPD-Vorsitzende **Adolf von Thadden**, inzwischen in Walhalla, der Chef vom Bund freier Bürger, **Manfred Brunner**, **Jörg Haider** („Die Freiheitlichen...") und der rechte Mann vom Dienst **Heinrich Lummer** (CDU).

Chef der „Düsseldorfer Herrenrunde", die seit ungefähr 16 Jahren existiert, ist Prof. **Carl Zimmerer**, ein international anerkannter Börsenspekulant mit sehr guten Kontakten zur FDP. 1959 gründete Zimmerer zusammen mit dem späteren Bundespräsidenten **Walter Scheel** und **Gerhard Kienbaum** die Düsseldorfer Interfinanz Gesellschaft für internationale Finanzberatung und Kreditvermittlung mbH. Zur Führungsclique des „Clubs" zählen neben Zimmerer und Kissel noch der Werbeberater und Inhaber einer PR-Agentur **Hanns Martin Hock** (Jg.1924) und der Rechtsanwalt **Theobald Münch** (Jg. 1911) [Vgl. 1, S. 166]. Unter den regelmäßigen Teilnehmern an Veranstaltungen des „Clubs" sind auch Funktionäre von NPD, Republikanern und Deutscher Liga für Volk und Heimat, wie zum Beispiel der Bauunternehmer **Manfred Aengenvoort** (seit 1966 NPD), 1987 Bundestagskandidat, Chef der Baubetreuungs- und Verwaltungs GmbH in Oberhausen und der Baufinanzierungsberatung in Radebeul; der Heilpraktiker **Wolfgang Frenz** (stv. NPD-Landeschef in Nordrhein-Westfalen); der Dortmunder Kaufmann und Immobilienmakler **Klaus-Dieter Pahl** (bis zum Parteitag der Republikaner im Dezember 1994 in Sindelfingen deren Bundesschatzmeister)[Vgl.1, S. 168]. Wenigstens einmal nahmen der Vizechef der Republikaner in Nordrhein-Westfalen **Burkhard Stieglitz**, der „Nationalverleger", Inhaber des Verlags „Mehr Wissen und Leben" und Ziehvater des Nazi-Rock-Verlegers **Torsten Lemmer**, **Kurt Winter**, sowie der Kölner Unternehmensberater Dr. **Hans Hausberger** (Kuratoriumsvorsitzender der REP Parteistiftung) an der „Düsseldorfer Herrenrunde" teil. Vor dieser doch recht kräftig faschistoid durchsetzten Clubgemeinde erschien erstrangige Politprominenz aus der besten aller Gesellschaftsschichten zum Vortrag, wie Außenminister **Klaus Kinkel** (1992), der Bundespostminister **Wolfgang Bötsch** (1992), der Präsident des BND, **Konrad Porzner** (1993); **Gerhard Boeden**, damals Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz; NATO-Generalsekretär **Manfred Wörner** (1993); **Michaela Geiger**, Staatssekretärin im Bundesverteidigungsministerium (1994) und **Paul C. Martin** aus der Chefredaktion der BILD-Zeitung (1994). **Jürgen Möllemann** ließ die „Herrenrunde" nicht aus, sprach jedoch dort vor dem Schönhuber Auftritt 1989.

Kissel kann sich über sein Maß an „kultureller Hegemonie" wohl kaum beklagen. Kein Wunder also, daß nach dem Brandanschlag auf die Familie Genc, auch Kritik an Solingens größtem Bauunternehmer laut wird. Zumal der in einer Anzeige, deren Abdruck die Lokalpresse dann ablehnte, kaum Bedauern für die grausame Tat äußerte, sondern nur selbstdarstellerisch seinen guten Ruf verteidigen wollte. Schützenhilfe erhielt Kissel sogleich vom „Kameraden" **Peter Degner**, der in Nation und Europa Kissel wegen der öffentlichen Angriffe in Schutz nehmen wollte: „Nun ist Günther Kissel in Solingen nicht irgendwer. Als Bauunternehmer war er maßgeblich am Wiederaufbau der im Krieg zerstörten Stadt beteiligt, als Freund der Heimatvertriebenen und Senioren schuf er Wohnanlagen, denen er ost- und mitteldeutsche Namen gab."[in N+E (1993), Nr. 7/8, Juli/August, S. 73 u. 74]

In seinen „Kritischen Gedanken..." äußerte sich Kissel bereits 1982 zum „Ausländerproblem": „Der Ausländeranteil in unserer Bevölkerung ist statistisch sicherlich nicht voll erfaßt. Wenn man auch nur von den offiziellen Zahlen ausgeht, dann muß dieser Ausländeranteil, insbesondere der Moslems, die unserem Kulturkreis nicht angehören, wesentlich vermindert werden." Acht Jahre später finden sich ähnliche Sätze in seinem Beitrag in Nation und Europa (9/1990, S. 66ff) und nach weiteren drei Jahren brennt ein von Moslems bewohntes Haus in der Stadt, in der Kissel was zu sagen hat, und fünf Menschen sterben.

Literatur:

[1] Franziska Hundseder: Rechte machen Kasse, 1995

[2] Günther Kissel: Kritische Gedanken eines Unternehmers. Rückschau auf ein wechselvolles Leben und persönliches Bekenntnis, in: Deutsche Annalen (1982), S.120-150

Blauäugig?

Im Juni wurde **Thorsten Heise** aus Northeim zu einer Freiheitsstrafe von 2 Jahren und 8 Monaten verurteilt. Als sogenannter „Erstverbüßer"(!) durfte Heise daraufhin in den offenen Vollzug der JVA-Einbeck. Aus dem offenen Vollzug heraus, welch Überraschung, organisierte Heise Treffen mit anderen Neonazis an seinem Wohnort in Northeim. Damit verstieß er gegen seine Auflage, sich nicht mit Gesinnungsgenossen zu treffen. Nun muß er in den geschlossenen Vollzug nach Wolfenbüttel übersiedeln. Sogar in Polizeikreisen erntete das niedersächsische Justizministerium nur „völliges Unverständnis" über die Entscheidung, Heise am offenen Vollzug teilnehmen zu lassen.

Vier Kameraden Heises wurden vom Amtsgericht Northeim zu Geldstrafen zwischen 1400 und 3000 DM verurteilt. Sie haben bei einem Prozeß gegen Heise diesen durch Falschaussagen unterstützt, indem sie einen anderen verantwortlich machten. In dem Verfahren ging es um Schüsse aus einer Gaspistole, die Heise während einer Abiturfeier auf einen Schüler abgegeben hatte. Ein 18jähriger, der sich damals der Tat bezichtigte, um Heise zu schützen, wurde vor einem halben Jahr zu einem Jahr Jugendstrafe zur Bewährung verurteilt.

Neuer IHV-Vorstand

Neuer Vereinsvorsitzender des „Internationalen Hilfskomitee für nationale politische Verfolgte und deren Angehörige e.V." ist der vorbestrafte 21jährige Nutzfahrzeugmechaniker **Markus Walter** aus dem westpfälzischen Pirmasens. Stellvertreter wurde der 29jährige Student **Christoph Bauer** aus dem südbadischen Grenzach, ein ehemaliges Mitglied der 1995 verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP). Bauer betreute Anfang der 90er Jahre den „Schulungsbrief" der 1986 von **Ernst Tag** initiierten „Aktion Sauberes Deutschland" (ASD). Bisheriger Vorsitzender war seit der Gründung des IHV im Jahre 1987 Ernst Tag (50) aus Ludwigshafen. Als Stellvertreter fungierten bislang nacheinander **Bernd Koch** (46) aus Solingen, **Klaus Acker** (38) aus Worms, **Stephan Fuchs** (31) aus Landau und **Andreas Szalay** (23) aus Ilvesheim (Rhein-Neckar-Kreis). Koch, der selbst eine schillernde Karriere aufweist, warnte, nachdem er das IHV verlassen hatte, vor Tag „in aller Deutlichkeit." Acker fungierte 1989, dem Jahr als er zum Stellvertreter Tags wurde, zudem als Landesvorsitzender der FAP in Rheinland-Pfalz. Szalay war Aktivist der seit 1992 verbotenen „Nationalistischen Front". Der jetzige Stellvertreter Walter ist ein Vertrauer des ehemaligen Chemielaboranten Tag und führte die Ortsgruppe Pirmasens der ASD an.

Tag hatte im Mai vergangenen Jahres „verbindlich und unwiderruflich" seinen Rückzug aus der rechtsextremistischen Szene verkündet. In diesem Zusammenhang legte Tag auch den Vorsitz des IHV nieder. Vor der Gründung des „Hilfskomitees" gehörte Tag der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangenen und deren Angehörige e.V." (HNG) an. Per Einschreiben wurde Tag im Januar 1987 der Ausschluß aus der HNG „mit sofortiger Wirkung" mitgeteilt. „Wir möchten festgestellt wissen, daß dieser Ausschluß nicht wegen Ihrer persönlichen oder politischen Meinungsverschiedenheiten mit Herrn Kühnen erfolgt. Vielmehr ist es die Art und Weise, wie Sie Ihre Auseinandersetzungen mit Herrn Kühnen geführt haben." Vorsitzende der HNG war damals die Vertraute des 1991 an AIDS verstorbenen Michael Kühnen, **Christa Goerth.**

LeserInnenreaktionen

In Heft 41 des Rechten Randes veröffentlichten wir einen Artikel von Astrid Kirchhof über die feministische Philosophin Annegret Stopczyk. Mehrere - z.T. empörte - LeserInnenbriefe wurden uns zugesandt, die wir auf dieser Seite z.T. gekürzt wiedergeben. Um Mißverständnissen vorzubeugen, vorab einige kurze Anmerkungen zum Selbstverständnis des Rechten Randes: Die Zeitschrift „Der Rechte Rand" verstand und versteht sich als Diskussionsmedium für die antifaschistische Bewegung. Da sich „Der Rechte Rand" als strömungsübergreifend versteht und keiner einzelnen Organisation oder Partei zuzurechnen ist (siehe dazu auch unsere Rubrik ECHO, Seite 16) besteht auch weiterhin die Möglichkeit, über den Beitrag von Astrid Kirchhof über Annegret Stopczyk zu diskutieren. Den für dieses Heft angekündigten Beitrag über Otto Weininger haben wir zugunsten dieser Diskussion verschoben.

Inquisitorisch niedergemacht

In der zuletzt erschienenen Nummer Ihrer Zeitschrift wird meine philosophische Arbeit und mein zuletzt erschienenes Buch von Astrid Kirchhof besprochen und somit als „Rechter Rand" stigmatisiert. Ich werde darin nicht nur gefälscht zitiert, sondern die Autorin scheint die übliche Unkenntnis männlicher Redakteure über theoretische Positionen zur Patriarchatskritik dazu zu benutzen, meine Arbeit mit dem Stempel „rechtes faschistisches Lager" politisch zu kriminalisieren.

Sie feiert einen eurozentrischen Rationalismus, der schon seit über 200 Jahren per imperialistischer Politik den anderen Kulturen („primitive Naturvölker") das richtige Denken mit Gewehren und Zwangskrediten aufzuzwingen pflegt. Unter dem Decknamen "Feminismus" und "Antifaschismus" wird es in Ihrer Zeitschrift möglich, rassistischen Geist zu verbreiten.

Wenn ich „Rechter Rand" sei, dann gehören auch folgende, in meinem Buch erwähnte Personen, dazu: Die antifaschistisch arbeitende Philosophin Hannah Arendt, die als Erste eine Philosophie der Geburtlichkeit andachte. Die herrschaftskritischen Philosophen Adorno und Horkheimer, die ebenso wie ich eine Gradwanderung zwischen Mythos und Aufklärung zu denken wagten und eine Vernunftkritik lieferten, mit der sie extreme Vernunftvarianten auch im Faschismus enttarnten. Und „Der Rechte Rand" Marx und Engels gehört auch in diese Aufstellung, denn sie gingen so selbstverständlich von einer Matriarchatsgeschichte vor unserer patriarchalen Geschichte aus, wie es bei mir, entgegen der Behauptung in Ihrem Artikel, nirgendwo zu finden ist.

Im Stile von McCarthy-Ausschüssen wird hier inquisitorisch niedergemacht, was nicht in den eigenen ideologischen Kram paßt.

Eine irgendwie rational nachvollziehbare Auseinandersetzung mit meiner philosophischen Arbeit sind diese zwei Seiten in Ihrer Zeitschrift jedenfalls nicht, schade um die Druckerschwärze. Ich kann Ihnen und Ihren Leserinnen und Lesern nur empfehlen, mein Buch selber zu lesen. Ich verspreche Ihnen: Sie werden erstaunt feststellen, daß es nicht dasselbe Buch gewesen sein kann, von dem die Autorin behauptet, es gelesen zu haben.

Annegret Stopczyk

Moderner Scheiterhaufen?

Die Art und Weise wie die Rezensentin vorgeht, ist höchst problematisch - sie greift sich einen Satz heraus und anstatt auf den Satz einzugehen, koppelt sie ihn mit einem Thema, das kaum mit Stopczyks Ausführungen zu tun hat. Es ist noch nicht einmal so, als ob Äpfel mit Birnen verglichen werden sollen, sondern Äpfel und Algen, weil beide mit dem Buchstaben A beginnen. So praktiziert auf S. 16 oben der Rezension zum Thema Naturerkenntnis bei Stopczyk und dem Länger-Leben-Können durch den Fortschritt der Medizin bei Kirchhof. Des weiteren benutzt die Rezensentin diskriminierende Worte wie „biologistisch-reaktionär" ohne Belege, oder sind in ihren Ohren schon Worte wie Biologie, Gebären und Leib in sich schon biologistisch und reaktionär? Sie behauptet, Philosophen wie Fichte, Schopenhauer und Nietzsche hätten der Autorin Beifall gezollt, ohne zu erwähnen, daß gerade diese mannüberhöhenden Denker von Annegret Stopczyk vorgeführt werden. In diesem Zusammenhang ist auch die Beschäftigung mit Otto Weininger zu verstehen auf S. 167 des Buches (nebenbei bemerkt: Rassisten sind auch immer Frauenfeinde!), der wie Sigmund Freud und andere Wissenschaftler zu Beginn unseres Jahrhunderts zu beweisen suchte, daß der fehlende Penis bei Frauen dazu führe, daß ihnen das Schöpferische abgehe und ihr Intellekt von minderer Qualität sei. Dürfen „Männer der Wissenschaft" nicht der Lächerlichkeit preisgegeben werden, wenn sie Unsinn reden? Die Philosophiegeschichte (nicht nur sie) ist mit solchen Herren-Ideen bevölkert, die an Unis und Schulen weiter gelehrt werden.

Es ist ein bekanntes Phänomen, daß sich leider immer wieder Frauen in den männer-dominierten Medien und im Wissenschaftsbetrieb finden, die dieses männliche Herrengeschwätz verteidigen, sobald andere Frauen es wagen, sich damit auseinanderzusetzen, selbständig zu denken, andere Wege zu gehen. Diese wagemutigen Frauen gehören auf die modernen Scheiterhaufen, nicht wahr? Zu Zeiten der Hexenverfolgungen gab es auch Frauen die Frauen diffamierten und den männlichen Folterern und Inquisitoren auslieferten. Ist es keine Diffamierung, wenn die Rezensentin das Stichwort „ Naturvölker als Vorbilder" herausgreift (ohne Seitenangabe) und sie mit der Klitoris-Verstümmelung an jungen Mädchen im heutigen Afrika gleichsetzt? An dieser Stelle fragte ich mich, wer hier eigentlich „rechter Rand" ist. Da empfehle ich nur eins - selber das Buch zu lesen und die Philosophin Annegret Stopczyk zu Diskussionen einzuladen!

***Gudrun Nositschka**, Schriftstellerin*

Gezielte, rufmordende Attacke

Mit Zorn habe ich den Text der Rezensentin des Buches „Nein, danke, ich denke selber" von A. Stopczyk gelesen.

Ich habe das Buch als ein mich berührendes Bekenntnis einer eigenwilligen Philosophin zum Leben, zu den Menschen, zu allem Lebendigen aufgenommen, ohne zu allen philosphischen Thesen der Autorin Zugang zu finden. Ungeachtet der Zustimmung oder Ablehnung eines Textes gilt das Gebot der intellektuellen Redlichkeit, dessen Mindeststandard im korrekten Zitieren, im Vermeiden des Zerreißens des gedanklichen Zusammenhangs und der Unterschlagung von Text-Stellen, die der eigenen kritischen Auseinandersetzung entgegenstehen, besteht. Die kritische Kommentierung von Frau Kirchhof hat diese selbstverständlichen Forderungen eklatant und unseriös verletzt.

Der sorgsame Umgang mit fremden Texten ist dann besonders geboten, wenn es sich um abgelehnte Positionen handelt; anderenfalls setzt sich die Rezensentin dem Vorwurf der Manipulation und Indokrination aus.

Gegen die eingeforderte intellekuelle Sorgfalt verstößt Frau Kirchof an mehreren Stellen ihres Textes, so daß eine Absicht vermutet werden muß. (...)

Der Abdruck dieser „Auseinandersetzung" in der Zeitschrift „Der Rechte Rand" ist eine gezielte, rufmordende Attacke Annegret Stopczyk gegenüber. Auch der Umstand, daß die Eltern von Frau Stopczyk im KZ interniert waren (S. 259 des Buches), hätte nachdenklich stimmen müssen.

Solange solche destruktiven, stigmatisierenden Stellungnahmen möglich sind, ist es um eine politisch würdige Streit-Kultur unter Frauen schlecht bestellt.

***Karin Weimann**, Feministische Partei Die Frauen*

Konstruierte Zusammenhänge

Man kann alles mißverstehen, wenn man sich nur etwas Mühe gibt. Frau Kirchhof hat sich sehr viel Mühe gegeben („'Leib'-Philosophie und New Age- Grundbausteine des Feminismus?" in: Der Rechte Rand Nr. 41). Darüber ließe sich achselzuckend hinweggehen, wenn es sich lediglich um einen Buch-Verriß handeln würde. „Der Rechte Rand" will jedoch vor rechten und faschistischen Entwicklungen warnen. Wer diesen moralischen Anspruch hat, muß sich gefallen lassen, daß an ihn strengere Kriterien angelegt werden, als an eine bunte Illustrierte. Näherhin: es darf erwartet werden, daß Zusammenhänge und Verbindungen aufgedeckt, nicht aber, daß solche konstruiert werden. Ich kenne Frau Stopczyk aus der gemeinsamen Arbeit um L-E-R und ich habe ihr Buch „Nein danke , ich denke selber" gern und mit Gewinn gelesen. Die Konstruktionen von Frau Kirchhof sind von einer Qualität, daß ich mich veranlaßt sehe, vorbeugend mitzuteilen: Aus der Tatsache, daß ich 1988 denselben Zug wie ein bekannter Neonazi benutzte, sollten weder voreilige Schlüsse über meinen politischen Standort gezogen werden, noch erscheint es angebracht, den Schienenverkehr als faschistoide Form der Fortbewegung zu deklarieren.

Wenn „antifaschistische" WächterInnen es an handwerklicher Sorgfalt, Toleranz und Gelassenheit gegenüber anderen Denkansätzen fehlen lassen, dann reihen sie sich selbst ein in die Riege der paranoiden Inquisitoren, McCarthyanisten, Fundamentalisten und was es sonst alles an Besitzern der reinen Lehre gibt. Auch ein Zeitschriftenartikel kann zum Baseball-Schläger werden zum Zwecke des Abklatschens unliebsamer Elemente. (...)

***Ursula Neumann**, Bundesvorstandsmitglied der Humanistischen Union*

Möchtegern-Regierung

„Einberufung zur dritten Landtagssitzung" heißt es in der Einladung der Möchtegern-MdL des „Freistaat Preußen". Rund 35 zumeist ältere Faschisten trafen sich am 24. August in Hannover, um unter der Leitung des Arztes und „Staatspräsidenten" **Rigolf Hennig**, ihre skurile Landtagssitzung zu zelebrieren. Die selbsternannten Staats-, Landtagspräsidenten und Ressortminister mit ihren Erklärungen an die „Bürger des Freistaates" zeugen von einer gehörigen Portion Größenwahn - wenn nicht gar von Altersdemenz.

NPD und REP im Bündnis

Zur niedersächsischen Kommunalwahl tritt in Stade ein „Bündnis Rechte" an. Auf den Listen dieses Personenbündnisses, das von NPD-Funktionären (u. a. **Fritz Ulrich Bundt**, **Claus Dankers** und **Peter Brinkmann**) dominiert wird, finden sich zwei Funktionäre der „Republikaner" (u.a. der Stader REP-Direktkandidat für die letzte Bundestagswahl, **Heinz König**), obwohl deren Parteivorsitzender Rolf Schlierer immer wieder die Zusammenarbeit mit anderen faschistischen Organisationen ablehnt. Als parteiloses Zugpferd fungiert Prof. **Nikolaus Marx**, Fachgebietsleiter im Bereich Fahrzeugtechnik der Technischen Universität Hamburg-Harburg.

Demo gegen Konstantin Wecker

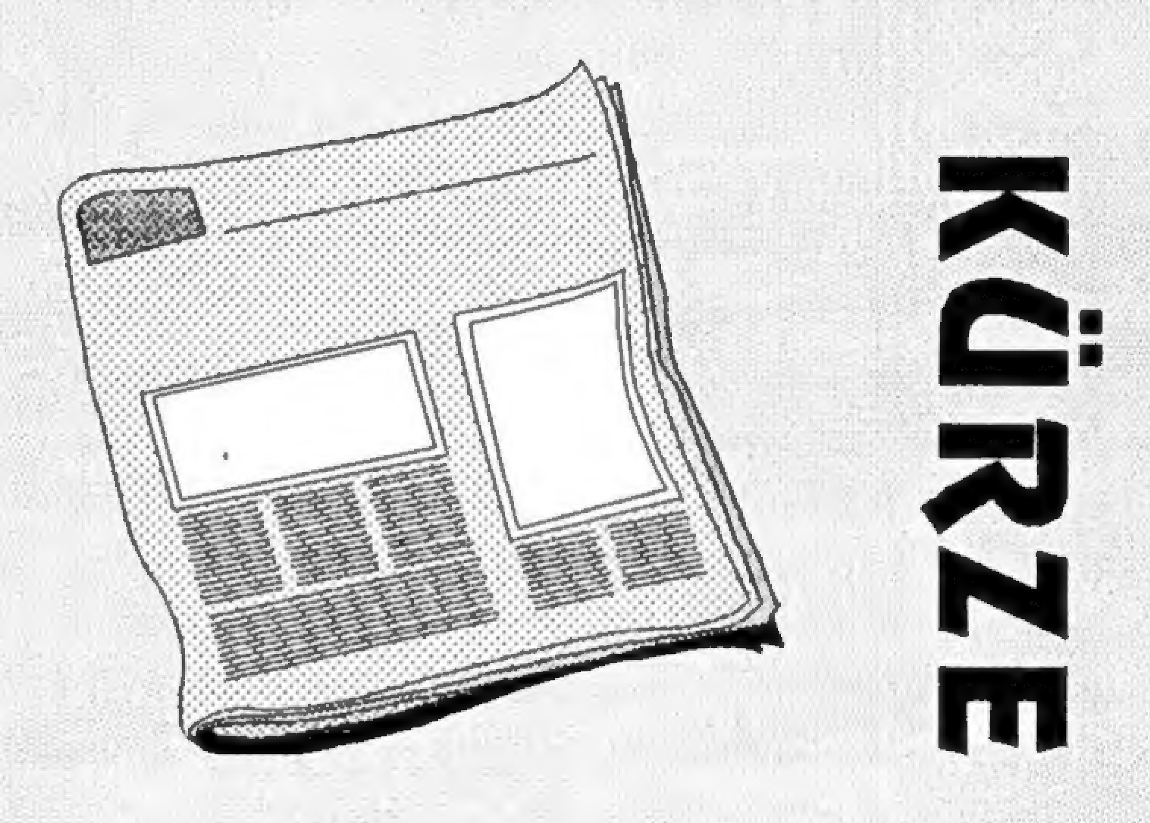
Obwohl Organisator **Klaus Beyer** großspurig eine „bundesweite Aktion" angekündigt hatte, kamen gerademal 20 JN-Mitglieder, um gegen ein Konzert des kürzlich wegen Kokainkonsums verhafteten Liedermachers Konstantin Wecker zu demonstrieren. Mit einem Transparent der staatlichen Initiative „Keine Macht den Drogen" protestierten sie vor der Konzerthalle gegen den Auftritt Weckers.

Bruch bei den Reps

Nach einem seit April andauernden Streit traten Anfang Juli der bisherige Geschäftsführer **Heinrich Frank** sowie **Heidrun** und **Olaf Juelich** aus der Fraktion der Reps im Frankfurter Stadtparlament aus, sie wollen aber weiter als Fraktionslose dem Stadtparlament angehören. Während Heinrich Frank als Grund für den Bruch seine Treue zum ex-Vorsitzenden **Franz Schönhuber** nennt, werfen ihm die in der Fraktion Verbliebenen Unterschlagung, Betrug und Vortäuschung von Straftaten vor. So seien mindestens 65000.- DM von Frank ohne Belege aus der Fraktionskasse entnommen worden, deren Verbleib auch auf Nachfrage nicht hätte geklärt werden können. Außerdem seien von Frank in diverse Fällen durch gefälschte Rechnungen weitere Gelder aus der Fraktionskasse entwendet worden. Eine Überprüfung sei deswegen nicht mehr möglich, da die Originale der Kassenbelege angeblich aus dem Wagen von Frank gestohlen worden seien. Der Fraktionsvorstand, bestehend aus **Heinz Lämmer**, **Heinrich Jencek** und **Christoph Schlicher**, stellt deswegen indirekt die These auf, daß Frank den Diebstahl vorgetäuscht habe, um Beweise gegen ihn zu vernichten und so die Ermittlungen zu erschweren. Deswegen seien vom Landesvorstand Anzeigen gegen Frank eingereicht worden, der aber seinerseits 3 Gerichtsverfahren gegen die Fraktion anstrebt.

Revisionisten I

In der Zeitschrift „Aurora" (Nr.11/12), die von einer „Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung der Zeitgeschichte" (AEZ; Sitz: CH-Regensdorf) herausgegeben wird, ist unlängst eine Zusammenfassung des 1994 vom „Basler Nazi-Aktivisten" (Jüdische Rundschau) **Jürgen Graf** publizierten und beim Verlag Neue Visionen (CH-Würenlos) erschienenen Buchs „Auschwitz - Tätergeständnisse und



Augenzeugen des Holocaust" erschienen. Graf spricht in seinem Machwerk von der „Gaskammerlüge" und bezeichnet die industriell betriebene Massenvernichtung von Juden in Auschwitz-Birkenau als „Judenausrottungsthese". Verantwortlicher Redakteur und Verleger von „Aurora" ist der pensionierte Sekundarlehrer **Arthur Vogt**, ein notorischer Holocaustleugner, der auch bei einer Veranstaltung der FDP-nahen „Thomas-Dehler-Stiftung" die „Gaskammern von Auschwitz als Schwindel" bezeichnen durfte.

Revisionisten II

In der jüngsten Zeit macht immer wieder der US-amerikanische Historiker **Alfred Maurice de Zayas** (49) auf sich aufmerksam. Professor de Zayas ist Kuratoriumsmitglied der „Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte" (IGFM) und beim Center for Human Rights der Vereinten Nationen in Genf angestellt. Seine Leserschaft hat der Völkerrechtler vornehmlich in weit rechts stehenden Kreisen. So publiziert de Zayas im konservativen „Deutschland-Magazin", aber auch in der aktuellen Jubiläumsausgabe von „Criticon". Ende Juni erhielt de Zayas den zum dritten Mal verliehenen Kulturpreis des völkischen „Verein für das Deutschtum im Ausland e.V.". Wenige Wochen zuvor nahm de Zayas an einer revisionistischen Historiker-Konferenz unter dem Motto „Die Besetzung Deutschlands und Österreichs zwischen 1945 und 1950 (Recht oder Rache?)" in Toronto teil. Zielsetzung der international besetzten Konferenz war die Frage, „ob die jüngste Geschichtsschreibung in irgendeiner Weise revisionsbedürftig sei." 1980 trat de Zayas als Referent beim Landesverband Nordrhein-Westfalen des rechten „Ostpolitischen Deutschen Studentenverbandes e.V." auf. Zu den Beisitzern des damaligen Landesvorstandes gehörten auch **Hans Krump** (42) und **Hans Eschbach** (40), die kurz darauf im Vorstand des 1980 gegründeten rechtsextremen Bundesverbandes „Ring Freiheitlicher Studenten" (r.f.s.) Karriere machten

Revisionisten III

Der Geschäftsführer des „Pfadfinderbundes Süd" (PBS), **Dieter Scholtz** (CDU-Mitglied), muß sich wegen der Leugnung der industriell betriebenen Massenvernichtung von Juden und der Verbreitung rechtsextremistischen Gedankenguts vor Gericht verantworten. Nach einem über einjährigen Ermittlungsverfahren mit der Vernehmung von fast 100 Zeugen hat die Staatsanwaltschaft Karlsruhe jetzt beim Amtsgericht Ettlingen Anklage wegen Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener erhoben. Die Anklage stützt sich auf Äußerungen, die Scholtz bei einem Führungstreffen im Februar 1992 im Pfadfinderheim Karlsbad-Langensteinbach gemacht haben soll. Der Pfadfinderbund Süd, der sich als „öffentlich anerkannter Jugendverband die Erziehung junger Menschen zur Aufgabe gemacht hat" (Satzung), hat ca. 1.000 Mitglieder in derzeit 9 Stämmen und Aufbaugruppen. Rund 80 Prozent der Mitglieder sind Kinder und Jugendliche.

Antisemitismus

Antisemitische Hetze betreibt ein **Friedrich Kurreck** in einer der jüngsten Ausgaben der Wochenzeitung „Der Schlesier", dem Mitteilungsblatt des „Förderkreises Deutsche Einheit". O-Ton Kurreck: „Die Massenmedien befinden sich, was nicht allen bekannt ist, weltweit überwiegend im Besitz jüdischer Finanziers, bzw. werden von diesen aus dem Hintergrund ferngesteuert." Kurreck läßt sich auch über die feige Ermordung der Einwohner des tschechischen Dörfchens Lidice während der Besatzungszeit des II.Weltkrieges durch Deutsche aus. Den von Deutschen verübten Massenmord habe „eindeutig die tschechische Exilregierung zu verantworten". Kurreck (wohnhaft in Offenbach), Autor in der NS-apologetischen Postille „Recht und Wahrheit", nach eigenem Bekunden

„Teilnehmer am Endkampf um Ostpreußen", tat sich auch als mehrfacher Leserbriefschreiber im „Ostpreußenblatt" und im „Deutschland-Magazin" hervor.

Rechter Prof.

Zum Thema „Weltbevölkerungswachstum: Die Bürde des 21.Jahrhunderts" darf sich **Josef Schmid** in der Doppelausgabe 24-25/96 in der Reihe „Aus Politik und Zeitgeschichte", der ständigen Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament", äußern. Diplom-Volkswirt Schmid (geb.1937) ist seit 1980 Inhaber des Lehrstuhls für Bevölkerungswissenschaft an der Universität Bamberg. Der professorale Bevölkerungswissenschaftler ist sowohl Autor der „Jungen Freiheit" als auch des „Jahrbuches für politische Erneuerung 1995" der FPÖ.

Neurechter Stasi-Beauftragter

Gegen die Stimmen der SPD-und PDS-Opposition im sächischen Landtag wurde der umstrittene Berliner Schriftsteller **Siegmar Faust** (51) zum neuen Stasi-Beauftragten in Sachsen berufen. Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD, Peter Adler, betonte, daß Faust weder persönlich noch fachlich geeignet sei, das sensible Amt auszuüben. Faust ist u.a. Autor in den Postillen „Junge Freiheit", „Criticon", „Wir selbst", „Deutschland-Magazin", Referent beim „Studienzentrum Weikersheim" (SZW), Unterzeichner einer Solidaritätserklärung für die neurechten Strategen **Ulrich Schacht** und **Heimo Schwilk** sowie Unterstützer des „Berliner Appells".

Witikio-Bund

In der aktuellen Ausgabe 3/96 des „Witikobriefes" findet sich unter den neuen Mitgliedern des revanchistischen „Witikobundes" auch **Ilse-Carola Salm** (84) aus Starnberg. Salm war 1994 Preisträgerin des vom Konvent des „Studentenbundes Schlesien" (SBS) um **Hans-Michael Fiedler** (52) vergebenen „Schlesischen Kulturpreis der Jugend". Ihr Vorgänger als Preisträger war der 32jährige braune Barde **Frank Rennicke**. In der Nummer 3 des „Witikobriefes" ist auch ein Nachdruck der revisionistisch ausgerichteten, in der FAZ veröffentlichten Anzeige „Appell der 100. Die Meinungsfreiheit ist in Gefahr!" vom 17. Mai dieses Jahres. Zu den Unterzeichnern zählen verschiedene Mitglieder des „Witikobundes". Das angegebene Spendenkonto bei der Volksbank Nürtingen (Kreis Esslingen) gehört dem dort ansässigen „Arbeitskreis Südwest" (ASW), der eng mit dem „Deutschen Seminar e.V." und dem „Witikobund e.V." zusammenarbeitet. Der langjährige ASW-Geschäftsführer und ehemalige baden-württembergische NPD-Landtagsabgeordnete Dr. **Rolf Kosiek** (61) ist Mitglied des „Witikobundes".

Die diesjährige Jahrestagung des „Witikobundes" soll vom 27. bis 29. September in Naumburg/Saale (Sachsen-Anhalt) stattfinden. Auf dem Programm stehen unter anderem Neuwahlen des Vorstandes und Satzungsänderungen. Als Vorsitzender des „Witikobundes" fungiert seit 1990 Dr. **Walter Staffa** (78). Die Schriftleitung des „Witikobriefes" obliegt noch immer dem ehemaligen Redakteur der „Jungen Freiheit" **Hans-Ulrich Kopp** (33), Starnberg.

Skinzine

Im baden-württembergischen Mannheim erscheint seit dem vergangenen Jahr ein neues Skinzine unter dem Titel „Doitsche Offensive". In der aktuellen dritten Ausgabe der „Doitschen Offensive" (DO) findet sich die konventionelle Struktur eines Skinzines wieder: Interviews mit verschiedenen Bands (die Bremer „Boots Brothers", „Wolfsrudel" aus Schwäbisch Hall, „Vollstrecker" aus dem pfälzischen Laumersheim/Kreis Bad Dürkheim, „Triebtäter" aus Schwäbisch Gmünd und „Brutale Haie" aus der thüringischen Landeshauptstadt Erfurt), Besprechungen von anderen Skinzines, Zeitschriften und Tonträgern sowie Hinweise auf das szeneübliche Geschehen und Kleinanzeigen vervollständigen die Nummer 3 der „Doitschen Offensive". Verantwortlicher des Skinzines ist **Manuel Jakob** aus dem Umfeld der „Jungen Nationaldemokraten".

DFA

Die rechtsextreme „Deutsche Freiheits- und Arbeiterpartei" (DFA) nominierte Mitte Juli **Mario H. Meurer** zu ihrem Kandidaten für die Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl im Herbst. Der 33jährige Theologe und Autor ist Pressesprecher der DFA. Bundesvorsitzender ist **Martin Pape** (68), der 1979 die „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP) gründete. Pape verließ Ende der 80er Jahre die FAP und rief im September 1990 die DFA ins Leben. 1994 kandidierte Pape zur Bundestagswahl. Meurer trat jüngst mit einem Leserbrief („War alles Schwindel?") in der „Deutschen National-Zeitung" des Dr. **Gerhard Frey** (63) an die Öffentlichkeit. Offiziell existiert ein Unvereinbarkeitsbeschluß der DVU unter ihrem Bundesvorsitzenden Frey u.a. gegenüber Gruppierungen um Martin Pape.

Hausdurchsuchung beim NJB

Bei einer Durchsuchungsaktion am 3. August aus Anlaß bevorstehender Aktivitäten anläßlich des Todestages von Rudolf Heß beschlagnahmte die sächsische Polizei umfangreiches Propagandamaterial in Wohnungen von Mitgliedern des „Nationalen Jugendblock Zittau e.V." (NJB) und einem Vereinsheim in Zittau. Drei Männer im Alter zwischen 23 und 26 Jahren wurden vorübergehend festgenommen. Der NJB wurde am 4. Januar 1992 gegründet. Rund 30 Rechtsextremisten gehören dem Verein an. Vorsitzender ist **Jens Leubner**.

Bramfelder Sturm

In Hamburg-Bramfeld existiert seit dem vergangenen Jahr eine neonazistische Kleinstorganisation namens „Patriotische Jugend". Sie besteht zumeist aus ehemaligen Anhängern der im Februar 1995 verbotenen „Nationalen Liste" (NL). Die NL war am 13. März 1989 von Hamburgern Anhängern des inzwischen verstorbenen Neonazis Michael Kühnen um **Christian Worch** (40) als Landespartei in Hamburg gegründet worden. Nach dem NL-Verbot setzten ehemalige Aktivisten der „Nationalen Liste", Hamburger Ableger der von Kühnen initiierten „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front", ihre Betätigung fort. Ab Oktober 1995 wird die „Patriotische Jugend" als Herausgeberin des Skinzines „Bramfelder Sturm" geführt. Der „Bramfelder Sturm" wird seit Dezember 1994 von einem Kreis von Anhängern der „Nationalen Liste" um das ehemalige führende Bramfelder NL-Mitglied **Thorsten Bärthel** und **André Schwelling** herausgegeben. Bislang sind neun Ausgaben des Skinzines erschienen. Die „Patriotische Jugend" vertreibt über eine Postfach-Adresse in Henstedt-Ulzburg auch Propagandamaterial wie Aufkleber („Deutsche Jugend im Freiheitskampf", „Kampf gegen die Antifa-Banden!", „Schutz des deutschen Lebens! statt Schutz des Geldes!", „Multi-Kulti ist Völkermord! Stoppt die Überfremdung!", „Rudolf Heß. Freiheitskämpfer, Friedensbote, Märtyrer"). Im August vergangenen Jahres nahmen Angehörige der „Patriotischen Jugend" an einem Rudolf-Heß-Gedenkmarsch in der niedersächsischen Heideblütestadt Schneverdingen teil. Bei einem Übergriff auf eine Jugendgruppe aus Nordrhein-Westfalen durch Rechtsextremisten in Leisten bei Plau in Mecklenburg-Vorpommern waren auch Personen aus Schleswig-Holstein beteiligt. Nach einem Bericht der Tageszeitung „junge Welt" wurden bei ihnen einige Exemplare des „Bramfelder Sturms" gefunden.

Niederlage für VPM

Zwei juristische Niederlagen hat der Verein für psychologische Menschenkenntnis (VPM) in diesem Jahr einstecken müssen. Im ersten Fall versuchte der VPM, den Vertrieb eines Rowohlt-Taschenbuches mit dem Titel „VPM - Die Psycho-Sekte" zu verhindern bzw. zu behindern. Zwar betrafen die angefochtenen Textpassagen ausschließlich Nebensächlichkeiten, die die Kernaussagen des Buches nicht berührten, zwangen den Verlag allerdings dazu, mit Schwärzung der entsprechenden Textstellen zu reagieren. Im März schon wurde das letztinstanzliche Urteil gefällt und gab dem Rowohlt-Taschenbuch-Verlag in vollem Umfang recht. In einer Presseerklärung des Verlages heißt es dazu: „Damit ist ein wichtiger Sieg über diese rechte Psycho-Sekte gelungen, deren dubiose Machenschaften der Öffentlichkeit noch immer nicht in vollem Umfang bewußt sind. Weitgehend unbekannt sind die perfiden Strategien, mit denen der VPM versucht, nicht nur bei Parteien und in kirchlichen, konservativen Kreisen Unterstützung und Synergien zu finden, sondern auch Meinungsträger, Politiker und Wissenschaftler um sich zu scharen."

Ebenfalls zurückgewiesen wurde eine Klage des VPM gegen den Südwestfunk, der bereits 1993 einen Beitrag unter dem Thema „ Die Seelenfischer: VPM - Sektenimport aus der Schweiz" ausgestrahlt hatte.

Ulrich Schneider

Mehr als eine „Festschrift“:

Beiträge zum 60.Geburtstag des Faschismusforschers Reinhard Kühnl

Nicht allein die Summe seiner Veröffentlichungen macht die Bedeutung eines Wissenschaftlers aus, sondern auch, wer seine Diskussionspartner und Schülerinnen und Schüler sind. So wird erkennbar, welche Wirkungen dessen Positionen für den öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs haben. Wer unter diesem Aspekt den zum 60.Geburtstag von Reinhard Kühnl erschienenen Band „Antifaschismus“ betrachtet, erkennt, welche zentrale Rolle Kühnl in der Aufarbeitung von Faschismus und Antifaschismus spielt. Daran kann auch ein subtiler Veröffentlichungsboykott etablierter Verlage und Zeitschriften nichts ändern.

BUCHBESPRECHUNG

Wenn man bedenkt, daß der Rowohlt-Verlag nach der Übernahme durch die Holtzbrinck-Gruppe sämtliche Titel Kühnls aus dem Taschenbuchprogramm genommen hat, obwohl davon teilweise mehrere 100.000 Exemplare verkauft wurden, bekommt man einen Eindruck davon, wie weh den konservativen Kräften in diesem Land konsequente antifaschistische Wissenschaftler tun. Und so ist die Festschrift auch eine Versammlung derjenigen, die sich mit der ideologischen Hegemonie der Konservativen nicht abfinden wollen.

Über 50 Autorinnen und Autoren - und es hätten gut zwei Dutzend mehr werden können - haben auf über 600 Seiten Beiträge zum historischen Faschismus und zur Rekonstruktion eines aktuellen Antifaschismus zusammengetragen. Es ist daher unmöglich die ganze Bandbreite der Beiträge zu benennen:

Walter Grab (Tel Aviv), Martin Bennhold (Osnabrück) und Dieter Fricke (Jena) setzen sich mit Nationalismus und völkischer Tradition auseinander. Mit den Kontinuitäten ökonomischer Kriegsziele des deutschen Imperialismus und den Bedingungen der Aufrüstung beschäftigen sich Manfred Grieger (Bochum) und Gerd Meyer (Marburg). Zum Thema „Verfolgung und Widerstand“ finden sich Studien von Wissenschaftlern wie Karl-Heinz Jahnke (Rostock), Wolfgang Kirchhoff (Marburg) und Georg Fülberth (Marburg), sowie Erinnerungen von Antifaschisten wie Werner Berthold (Leipzig) und Emil Carlebach (Frankfurt/M).

Wissenschaftliche Reflexionen zu Fragen der Faschismusforschung tragen Jakob Moneta (Frankfurt/M), Walter Struwe (New York), Kurt Gossweiler (Berlin), Kurt Pätzold (Berlin) und Manfred Weißbecker (Jena) bei.

Mit gleicher Gewichtung wie der historische Teil finden sich in dieser Festschrift Beiträge zur gegenwärtigen antifaschistischen Strategie. Denn - so die Herausgeber - „ist Antifaschismus nicht nur Geschichte, sondern auch aktuelle Politik, dann muß er Gegenstand theoretischer und praktischer Anstrengungen bleiben und sich gegenwärtigen Herausforderungen, auf die nicht allein mit dem Verweis auf Erfahrungen geantwortet werden kann, stellen.“

Georg Auernheimer (Marburg), Johannes Klotz (Bremervörde) und Karl-Heinz Braun (Magdeburg) diskutieren in Aktualisierung von Adornos „Erziehung nach Auschwitz“ den Stellenwert des Antifaschismus in Pädagogik und politischer Bildung. Die „Wiederauferstehung“ der Totalitarismus-These ist für Ute Osterkamp (Berlin) und Karl-Heinz Roth (Hamburg) das Thema, während Wolfgang Fritz Haug (Berlin), Frank Deppe (Marburg), Ludwig Elm (Jena) und Ulrich Schneider (Kassel) sich mit Versuchen der Abwicklung des Antifaschismus auseinandersetzen. Argumente gegen den heutigen - auch intellektuell legitimierten Rassismus - liefern Angelika Magiros (Marburg), Gudrun Hentges (Marburg) und Karen Schönwälder (London). Über das Entstehen und die Produktion von Feindbildern schreiben Gert Sommer (Marburg) und Siegfried Jäger (Duisburg).

Daß Faschismus und Antifaschismus auch heute nicht nur eine deutsche Angelegenheit sind, zeigen Malcolm Sylvers (Venedig) am Beispiel Italien, Johannes M.Becker (Marburg/Reutlingen) zu LePen und John D.Nagle (Syracuse,USA) bezüglich des Buchananismus.

Der Band ist, schreiben die Herausgeber, „nicht nur ein Dank für einen antifaschistischen Wissenschaftler, sondern eine Summe antifaschistischer Argumentation gegen den Zeitgeist politischer Beliebigkeit“. Argumentationen, die gebraucht werden, um dem ideologischen Vormarsch der Rechten, rassistischem und völkischem Denken, allen Versuchen, Kriegspolitik und Völkermord des deutschen Faschismus zu relativieren, entgegenzutreten.

Bibliographische Angaben:
Antifaschismus, Hrsg. Frank Deppe, Georg Fülberth, Rainer Rilling, Distel Hefte 31, Heilbronn 1996, 619 S., 42,00 DM, ISBN 3-929348-14-4

Abonniert den RECHTEN RAND

DER RECHTE RAND ist ein periodischer Informationsdienst von und für AntifaschistInnen und erscheint alle zwei Monate.

DER RECHTE RAND
Postfach 1324 • 30013 Hannover
Einzelpreis: 3,- DM
6 Ausgaben im Abonnement:
20,- DM (Inland) • 25,- DM (Ausland)
2 Exemplare im Abonnement: 35,- DM
3 Exemplare im Abonnement: 50,- DM
4 Exemplare im Abonnement: 60,- DM
Ab 5 Exemplaren je Ausgabe gibt es 30% Rabatt.

Bei Bestellungen den Namen und Lieferadresse nicht vergessen!

DER RECHTE RAND
Postgirokonto Hannover
44 55 86 - 301
Bankleitzahl 250 100 30

✂ - - - - - - - - - - - -

Hiermit abonniere ich die Zeitschrift DER RECHTE RAND bis auf Widerruf.

Name:............................

Anschrift:.........................

....

....
Unterschrift

Ich habe ❑ 20,-DM (Inland) ❑ 25,-DM (Ausland) überwiesen.
❑ 20,-DM (Inland) ❑ 25,-DM (Ausland) liegen als Scheck bei.
Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

....
Unterschrift

Braunes Computernetz

„Das Braune Netz. Rechtsradikale und die neuen Medien", eine 70 Seiten umfassende Broschüre über den neonazistischen Mailboxverbund THULE, ist bei der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Niedersachsen e.V., Abteilung Allgemeine Bildung, Bohlweg 55, 38100 Braunschweig, erhältlich. In verständlichen Worten liefert die Arbeit einen ersten Einblick zum Thema „Braunes Computernetz".

„Daimler-Benz. Der Konzern und seine Republik"

Das von Jürgen Grässlin vorgelegte Taschenbuch „Daimler-Benz. Der Konzern und seine Republik" beschreibt auf über 500 Seiten das größte deutsche Unternehmen. Im internationalen Vergleich liegt Daimler-Benz mittlerweile auf dem siebzehnten Platz der weltweit umsatzstärksten Unternehmen. 1994 nahm das damals noch stärker diversifizierte Unternehmen, die unternehmerischen Aktivitäten waren breiter gestreut, Rang 20 ein. Der Abschied vom „integrierten Technologiekonzern" des einstigen Vorstandsvorsitzenden Edzard Reuter zurück zum Stammgeschäft, dem Fahrzeugbau, unter Jürgen Schrempp ließ Umsätze und Kurse wieder steigen.

Das Taschenbuch beschäftigt sich u.a. mit den Fragen: Wie funktioniert der Konzern? Wie macht der Daimler-Vorstand seinen Einfluß auf Bundes- und Landesebene geltend? Zu den vielfältigen Kontakten des Stuttgarter Unternehmens gehören auch Verbindungen in die Grauzone und zum Rechtsextremismus. Der Konzernangehörige **Ulrich Deuschle**, er ist Fachreferent im Geschäftsbereich Nutzfahrzeuge, gehört seit 1992 der einzigen Landtagsfraktion der „Republikaner" an. 1996 wurde der rechte Multi-Funktionär für weitere fünf Jahre in den Landtag von Baden-Württemberg wiedergewählt. Die Arbeit des 1979 gegründeten „Studienzentrum Weikersheim e.V." unterstützt der Konzern durch finanzielle Zuwendungen. Der damalige Konzern-Pressesprecher und heutige Generalbevollmächtigte für Politik und Außenbeziehungen **Matthias Kleinert** referierte in der Vergangenheit höchstselbst über „Die Geopolitische Mittellage Deutschlands in Politik, Wirtschaft und Geist" im Rahmen der 3.Weikersheimer Hochschulwoche. Mit von der Partei war der inzwischen emeritierte Bonner Politik-Professor **Hans-Helmut Knütter**, in dessen Zuständigkeit seit langen Jahren die, mehr oder weniger, akademische Spielart des Anti-Antifaschismus fällt. Zu den beim Konzern beschäftigten Rechtsextremisten gehört auch Mercedes-Benz-Betriebsrat **Ulrich Ruth**. Der Ingenieur Ruth war Kreisvorsitzender der NPD in Ulm und trat 1992 als Wahlkampfhelfer der „Deutschen Liga für Volk und Heimat" anläßlich der baden-württembergischen Landtagswahl auf.

Diktatoren aller Couleur werden mit den Produkten des Hauses beliefert. Insbesondere die ganz großen Limousinen erfreuen sich dabei größter Beliebtheit. Der todbringende Rüstungsexport, obgleich rückläufig am Gesamtumsatz des Konzerns, geht weiterhin in die ganze Welt.

Der Autor Jürgen Grässlin ist Sprecher der „Kritischen AktionärInnen Daimler-Benz" (KAD) und Vorsitzender des „Rüstungs-Informationsbüros Baden-Württemberg e.V." (RIB). Das RIB beschäftigt sich seit vielen Jahren mit Rüstungsproduktion und -exporten sowie Militarismus. Ein aktueller Schwerpunkt sind die neuen im baden-württembergischen Calw stationierten Krisenreaktionskräfte der Bundeswehr. Hauptausrüster für die deutschen Out-of-Area-Einsätze ist der Daimler-Benz-Konzern. Informationen gibt es beim: „Rüstungs-Informationsbüro Baden-Württemberg, Postfach 5261 in 79019 Freiburg

Jürgen Grässlin „Daimler-Benz. Der Konzern und seine Republik", Knaur, München 1995, ISBN 3-426-80064-0, DM 16,90